

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Die bourgeoise
Abrechnung
beginnt: Von der
Ostzone zur
Sonderzone**

3

**Ohne Abzug der
Truppen gibt es
keinen Weg zum
Frieden**

5

**Wir bleiben
sauber:
Gen-Food –
nein danke!**

12



**Kampf um ein
Krankenhaus
in einer kleinen
Stadt**

15

**Petition zur
Unterzeichnung
der UN-Wander-
arbeiterInnen-
Konvention**

16

**Die dunkle
Seite des
Computer-
geschäfts**

18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubai Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubai Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

OSTERWEITERUNG. (NACH FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND, FTD) Nach einer Studie des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall wird die Osterweiterung der EU in Deutschland Arbeitsplätze sichern. „Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie werden von der Anbindung Osteuropas an die EU alles in allem profitieren“, sagte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser der FTD. Dadurch würden neue Stellen geschaffen. Eine aktuelle Untersuchung des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) kommt zu dem Schluss, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt durch die Osterweiterung 2005 und 2006 um einen halben Prozentpunkt höher ausfallen wird als ohne Grenzöffnung. Laut Kannegiesser können die Firmen „die kostengünstigen Standorte in der Nachbarschaft zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit mehr nutzen als bisher und damit Beschäftigung im Inland sichern“. So würden zwar in der Tat Teile der Produktion nach Osteuropa geschafft. Im Gegenzug stiegen jedoch etwa die Exporte deutscher Firmen. Auch das IW führt die erwarteten Wachstumsimpulse auf einen intensiveren Handel zurück. Ansonsten kommt noch die übliche Arbeitgeberagitation: Um zu starke Abwanderung aus der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern, seien weitere Reformen am Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen nötig.

GANZTAGSSCHULEN. (HEUTE IM BUNDESTAG). Die Bundesländer haben 2003 rund 40,7 Millionen Euro aus dem Investitionsprogramm des Bundes „Zukunft, Bildung und Betreuung“ zur Förderung von Ganztagschulen abgerufen. Bereitgestellt waren 300 Millionen Euro. Dies schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/2737) auf eine Kleine Anfrage (15/2623) der FDP-Fraktion. Vor dem Hintergrund der aus der Sicht der Liberalen schwachen Resonanz der Länder auf die Regierungsinitiative wollten die Abgeordneten Näheres über die Umsetzung des Programms erfahren. Nach Angaben der Regierung waren in der Verwaltungsvereinbarung etwa für Baden-Württemberg rund 39,6 Millionen Euro vorgesehen, abgerufen wurden knapp 2 Millionen Euro. Bayern nahm von den bereitgestellten rund 44,6 Millionen Euro lediglich 50.000 Euro in Anspruch. Nach Berlin flossen rund 4 Millionen Euro; 11 Millionen waren in der Verwaltungsvereinbarung vorgesehen. Thüringen nutzte mit 4,3 Millionen Euro fast die Hälfte der diesem Land zur Verfügung stehenden Summe und Rheinland-Pfalz rief rund 10 von 14,8 Millionen Euro ab. Kein Mittelabruf fand dagegen in Sachsen-Anhalt statt. Über die jeweilige Verwendung der Bundesmittel machte die Regierung keine Angaben, da die Berichte der Länder noch nicht vorlägen.

EU UND SPARKASSEN. (NACH SÜD-DEUTSCHE ZEITUNG) Eine Expertengruppe der EU-Kommission will die Übernahme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken durch private Kreditinstitute erleichtern. Sollten die Pläne Realität werden, stünde das gesamte Bankensystem Deutschlands vor einem Umbruch. Die EU-Kommission setzte vor einigen Monaten Expertengruppen ein, die Vorschläge für die Zukunft des Finanzsektors machen sollen. „In einigen EU-Staaten werden Übernahmen per Gesetz oder durch die Einstellung der Regierung behindert“, heißt es in dem 21-seitigen Berichtsentwurf, der im Hause von Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein geschrieben wurde. „Die Kommission und die Mitgliedsstaaten sollten daran arbeiten, diese Barrieren soll schnell wie möglich zu beseitigen.“ Wenn die Kommission einen entsprechenden Rechtsvorschlag macht, würde dies in Deutschland vor allem die vielen Sparkassen und Genossenschaftsbanken treffen. Diese können bisher von privaten Banken oder anderen privaten Investoren so gut wie nicht aufgekauft werden, obwohl es ein großes Interesse daran gibt.

In der öffentlich-rechtlichen Bankenszene heißt es, vor allem die britische Barclays Bank habe sich in Brüssel für eine Änderung nationaler Vorschriften stark gemacht. „Die privaten Banken wollen die Strukturen in Deutschland und anderen Ländern aufbrechen“, sagt ein Insider.

Wie in Brüssel zu hören ist, finden die Ideen der Experten bei Bolkestein viel Anklang. Der marktliberale Kommissar hat bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen des Namensschutzes der Sparkassen gestartet. Wenn ein privater Investor eine deutsche Sparkasse in einem Ausnahmefall überhaupt kaufen darf, dann muss er den eingeführten Namen „Sparkasse“ aufgeben. Bolkestein betrachtet dies als Hindernis für den gemeinsamen Finanzmarkt.

KEIN GELD FÜR DIE BAHN. Pro Einwohner werden nach Berechnungen des Bündnisses „Allianz für die Schiene“ in diesem Jahr in Großbritannien 64 Euro in die Schiene investiert, in Frankreich 58 Euro und in Deutschland lediglich 45 Euro. Nach der Finanzplanung des Bundes sollen die Schieneninvestitionen in Deutschland pro Einwohner auf kümmerliche 36 Euro bis zum Jahr 2007 absinken – und dies angesichts der EU-Osterweiterung. Schuld sei das Koch-/Steinbrückpapier vom Ende vergangenen Jahres, das sich die Bundesländer im Vermittlungsausschussverfahren zu eigen gemacht hätten. Die beiden Ministerpräsidenten aus Westdeutschland hatten Schieneninvestitionen in Subventionen umdeklariert.

Zusammenstellung: alk

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

Von der Ostzone zur Sonderzone

Nach dem, was über den Aufbau-Ost-Bericht des ehemaligen Hamburger Bürgermeister v. Dohnanyi an die Öffentlichkeit gedrungen ist, werden Staat, Wirtschaft und Sozialversicherungen in den fünf so genannten neuen Ländern noch lange Zeit auf Subventionen aus den alten Ländern angewiesen bleiben. Dabei geht es nicht um Vergünstigungen und irgendwelchen Kleinkram. Es geht angeblich zur Zeit immer noch um 90 Milliarden Euro pro Jahr. Ob dabei die verdeckten Subventionen, die wegen der Verlagerung des Sitzes der Bundesregierung nach Berlin bestehen, bereits enthalten sind, ist unbekannt. Die Zahl kann sowieso nicht buchhalterisch genau verstanden werden. Sie sagt allerdings, dass diese Länder, würden sie als selbstverwaltete Gemeinwesen in der Welt stehen, binnen kurzem zahlungsunfähig wären. Staatsbankrott, Inflation, Abwertung aller Sparguthaben und Sozialversicherungsansprüche, IWF und Weltbankprogramme – die politische Ordnung könnte nicht fortbestehen.

Wenn im Denken einer Gesellschaft Teile des ganzen Systems solche Überlegungen auslösen, ist Ausgrenzung im Gange. Eine Firma zieht sich aus Geschäftszweigen zurück, Filialen werden geschlossen. Mitarbeiter gekündigt. Das Band des gegenseitigen Wohlwollens, das Bewusstsein von den Vorteilen der Kooperation ist dann schon zerfasert. Was vorher lieb war, erscheint nun vor allem teuer. Noch bevor irgendwas Reales geschieht, entstehen im politischen Raum neue Koordinaten. Wird den Teilen vorgerechnet, dass sie von selbst nicht stehen, geht die Annahme mitbürgerlicher Gleichheit unter. Folgerichtig gelangt v. Dohnanyi zur Forderung nach einer Sonderwirtschaftszone, die sich vor allem dadurch auszeichnen soll, dass Bestimmungen zum Schutz der arbeitenden Menschen und der Umwelt fallen sollen. Ohne deswegen eigens Worte zu verlieren, ist damit nebenbei auch die Schuldfrage geklärt. Es müssen wohl die Ansprüche der arbeitenden Massen sein, die einer „selbsttragenden Entwicklung“ im Wege stehen.

Aus der Portokasse

Während führende Persönlichkeiten der BRD an den Grundfesten der Staatsverfassung rütteln, bleibt eine Debatte der Taten aus, die in den jetzigen Zustand verfestigter Abhängigkeit führten. Seinerzeit meinte der Waigel, Finanzminister der Kohl-Regierung, die Kosten für den Anschluss der DDR könnten „aus der Portokasse“ beglichen werden. Es war der patriotische Trieb, der die Größe des Vaterlandes will, der den Finanz-

mann zu einem solchen Betrug an sich selbst und der Öffentlichkeit verleitete. Obwohl es in der Geschichte viele Beispiele gibt, dass Annexionen sich nicht lohnen, gibt es wenige Beispiele für den freiwilligen Verzicht von Staaten auf solche Schnäppchen. Logisch ist das aus der Sicht der Spitze des staatlichen Systems durchaus. Der moderne Staat ist Steuerstaat. Der moderne Bürger ist Steuerbürger. Mehr Bürger, mehr Steuern. Kosten: Porto für Steuerbescheide. Portokasse.

Aus der Sicht der privaten Wirtschaftssubjekte ist die Sache ebenfalls unproblematisch. Der Untergang der bisherigen Wirtschaftsorganisation im Annexionsgebiet schafft Chancen, die Unternehmen können wachsen. Also, warum nicht.

Wirtschaftsintegration passt nicht zu Annexion

Die brutale Naivität der Spitzen von Politik und Wirtschaft war schon damals durch nichts zu rechtfertigen. Anders als zur Zeit der Beschlussfassung des Grundgesetzes hatte sich Ende der 80er Jahre eine Abkehr von der Methode der Ausdehnung von Märkten durch Annexion vollzogen. Es gab die EU, und es gab einen reichen Schatz von Erfahrungen, wie Nationalökonomien sich in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum integrieren könnten. Die Regel, die sich aus diesen Erfahrungen ziehen ließ, war, dass die Abstimmung der Wirtschaftsprozesse und gemeinsame Ordnungselemente für die Märkte politischen Einigungen vorausgehen können und müssen. Die einzelnen Schritte, die wirtschaftliche und soziale Prozesse in der historisch gewordenen Nationen wechselseitig anschlussfähig machen, müssen von den betroffenen Gesellschaften freiwillig und selbständig (nicht etwa freudig und begeistert) getan werden. Umgekehrt muss die entstehende Gemeinschaft, die sich unvermeidlich auch als politische Gemeinschaft ausbildet, von der Selbstbestimmung und der Selbstverwaltung der „Teile“ abhängig bleiben. Die Gemeinschaft darf sich gerade nicht als übergeordnete Macht betragen.

Der Anschlussparagraph im Grundgesetz ging indessen auf eine andere Tradition zurück. Die großdeutsche Ordnungsvorstellung geht davon aus, die widerstrebenden Teile in einem höheren Ganzen aufzuheben. Das ist in der kulturellen Struktur des Deutschtums tief verankert. Schön, sogar gemeinsam, sagen es deutsche Dichter:

„Immer strebe zum Ganzen. Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Gan-

zes Dich an.“* Diese Art sich anzuschließen, ist mit Hingabe, genauer Selbstaufgabe verbunden, und wo sie nicht willig gewährt wird, braucht das Ganze gegen die Teile heilsame Gewalt. Genau das ist nicht der Weg zum Erfolg in der heutigen modernen Wirtschaftswelt.

Entwertung von Kulturkapital

Wenn von den so genannten Befindlichkeiten geredet wird, die berücksichtigt werden müssen, von den Biografien, die respektiert werden müssten, klingt immer ein Unterton mit: soll sich mal nicht so haben. Diese Dinge gelten als trübe Stimmung. Man gibt sich einen Ruck, und schon geht es weiter. Hat es an der Bereitschaft zum Ruck gefehlt, obwohl doch der damalige Bundespräsident selbst den Tipp gegeben hat?

In der Welt der Gedanken scheint jederzeit alles möglich. Aber dieser Schein trügt. Der noch nicht lange verstorbene französische Soziologe Pierre Bourdieu entwickelte in den siebziger und achtziger Jahren die Theorie, dass Wissen, Kenntnisse, Fertigkeiten akkumuliert werden müssen und dass dazu Zeit erforderlich ist, in der ein Mensch vielleicht mir Hilfe anderer, aber letztlich an sich selbst arbeitet. Damit ist die Brücke zur Ökonomie geschlagen. Der Mensch, der etwas gelernt hat, repräsentiert ein Kulturkapital, das seine Zeit der Akkumulation braucht und das danach wiederum durch Einsatz von persönlicher Lebenszeit gepflegt werden will, wenn es nicht zerfallen soll. Kulturkapital kann auch auf keinem anderen Wege erworben werden als durch Arbeit an sich selbst.

Das Kulturkapital, das ein Mensch akkumuliert, kann nur im Zusammenspiel mit Gegenständen in der Außenwelt gebraucht werden. Die Gegenstände, die das Kulturkapital als Arbeitsvermögen in Bewegung setzt, müssen für die Träger des Kulturkapitals erreichbar sein.

80 Prozent der Menschen in den neuen Ländern, so dringt aus dem Bericht v. Dohnanys, haben in der Zeit nach der Wende ihren Beruf mindestens einmal wechseln müssen. Gleichzeitig sind die sachlichen Produktmittel der DDR fast ganz untergegangen.

Damit war dem prozessualen Zusammenspiel von Kulturkapital und Sachkapital der Boden entzogen. Die Bewohner des angeschlossenen Gebietes hatten eine doppelte Arbeit: sie mussten nicht nur manches Neue dazu lernen, sondern gleichzeitig manches Alte verarbeiten, ein negativer Lernprozess, der ebenfalls Zeit kostet. Die Vernichtung

der sachlichen Produktionsmittel der alten DDR zu beziffern, ist schwer genug, fast unmöglich die Kosten der Vernichtung von Kulturkapital. Wenn dann noch der ohnehin aufwändige Umlernprozess daran scheitert, dass Gelerntes nicht in Arbeit erprobt bzw. nicht durch und während der Arbeit gelernt werden kann, werden die immensen Kosten erklärlich.

Die Theorie der Akkumulation von Kulturkapital erschließt auch eine Problematik im Verhältnis von Arbeitskraftbesitzern und Geld- bzw. Sachkapitalbesitzern. Die Repräsentanten von Kulturkapital sind für diese Leute gerade deswegen interessant, weil sie etwas können, was diese nicht können. In diesem „etwas können“ steckt auch Unabhängigkeit des Urteils. Übel ist dran, wer einen Berater nötig hat und stattdessen einen Schmeichler einkauft. Den modernen, industriellen, komplexen Arbeitsbeziehungen liegt eine soziales System des gegenseitigen Kennens und Anerkennens zu Grunde. Der Gang der Bildung, das Berufsleben, die Sozialisation schaffen eine weites Feld von Titeln, Zeugnissen, Beziehungen, die es den Subjekten möglich machen, die Erwartungen abzuschätzen, die an sie gerichtet werden, bzw. Erwartungen an andere zu artikulieren.

Zerstörung sozialer Beziehungen

Diese Ausstattung mit Nützlichem versucht Pierre Bourdieu unter dem Begriff des Sozialkapitals zu fassen. Wenn auch im Einzelnen viel schwerer zu begreifen, gilt hier ebenfalls, dass die Akkumulation eines solchen Sozialkapitals Zeit braucht und seine Pflege ebenfalls. Dieses Netz der wechselseitigen Verpflichtungen Beruf, Familie und gesellschaftliches Leben entwickelt seine Logik aus der Stellung seiner Träger im gesellschaftlichen Leben. Die Zertrümmerung all dieser Strukturen zerstört die Logik dieses Netzwerkes und setzt den Zwang, sich auf Fremdes einzulassen.

Alles in allem ergab sich auf diese Weise zwanglos, dass zur Verwaltung der neuen Investitionen ganz überwiegend Menschen herangezogen wurden, die für die Kapitalgeber als Träger sozialer Beziehungen leichter einzuschätzen waren, deren Bildungsgang auf die konkrete Struktur der neu aufgerichtet Produktionsmittel ausgerichtet war, und deren ganzes Verhalten zu den profitdominierten Verhältnissen passte.

So wurde neben der in der Tat ruckartigen Zerstörung des vorgefunden Sachkapitals und der totalen Entwertung des Sozialkapitals, das die damalige DDR-Bevölkerung repräsentierte, auch noch eine quasi koloniale Situation geschaffen, in der die kulturelle Differenz West/Ost mit einer Oben/Unten-Logik sich verbindet.

West/Ost = Oben/Unten Eine gefährliche Logik

Die Verwirklichung des Anschlussparagraphe der BRD-Verfassung hat eine Bahn der Zerstörung gezogen und zieht sie fort. Sollten die Ideen von einer Sonder(wirtschafts)zone akut werden, wird sich in der BRD ein inneres Kolonialverhältnis verfestigen. Denn es wird doch so sein, dass die im Westen präsenten Konzerne mit den dann noch günstigeren Verwertungsbedingungen am meisten anzufangen wissen. Sie werden nach wie vor die Posten an Leute vergeben, die ihnen nahe stehen, aus ihrem Stall sind und westlich riechen.

Besser wäre da schon, umzudenken bzw. nachzudenken, wie das alles geschah, und sich klar zu machen, dass es wohl vermeidbar gewesen wäre. Der Zerfall des realen Sozialismus konnte, das zeigen die Nachbarländer, durch einen Prozess der Moderation hin zur EU aufgefangen werden. Nicht zufällig kommt das Skandalöse der Anschlussoperation jetzt zu Sprache, weil sich nämlich genau jetzt die Vorzüge jenes anderen Weges auch rein rechnerisch darstellen. Das Gebiet der DDR, die zu ihren Zeiten in vielen Vergleichen gut da stand, steht jetzt – wenn man einmal die Zuschüsse wegchnet – in jedem Vergleich schlecht da. Inzwischen drückt die Lage sogar die Akkumulationsgeschwindigkeit des BRD-Kapitals. Es wird also etwas geschehen.

Konkret ist zu befürchten, dass man die Methode des deutsch-germanischen Anschließens noch steigert. Können sie schon kein Ganzes werden, müssen die Ossis in die Rolle der dienenden Glieder sich schicken. Dahin führt der Geist der bourgeois Abrechnung.

Stattdessen wäre eine andere Rechnung aufzumachen. Tatsächlich wäre der Osten zu entlasten, aber vor allem von Abführungspflichten an den Bund. Die zerstörten Wirtschaftsbeziehungen im Osten können gar nicht anders restrukturiert werden als durch wirtschaftliche Aktivität der Länder und der Gemeinden. Auf diesem Wege können die Bewohner dieser Territorien am ehesten noch ihre Meinung geltend machen und gestaltend wirken. Statt dem gemeingefährlichen Versuch v. Dohnanyis, denen die Rechnung zu präsentieren, die gar nicht gespeist hatten, wäre es ein ganz anderes Gedankenexperiment, sich z.B. Sachsen als Mitgliedsland der EU zu denken. Wäre das Land so gerechnet wirklich nahe am Ende?

Eine wichtige Konsequenz aus der Anslusserfahrung kann in die Gestaltung der Verhältnisse in der EU einfließen. Die Anschlussideen aus dem 19ten und 20ten Jahrhundert sind ein gefährlicher Irrweg. Gleichschaltung führt zum Kurzschluss.

maf

** Johann Wolfgang v. Goethe & Friedrich von Schiller, Xenien, Vier Jahreszeiten*

Die Situation der Besatzungsmächte im Irak ist so prekär wie in den bisherigen 12 Monaten der Besatzung nicht. Zwar herrscht gegenwärtig in den Zentren der Kämpfe, in Falludscha und Nadshaf, relative Ruhe. Aber das heißt nicht, dass die USA und ihre Verbündeten die Lage unter Kontrolle haben, im Gegenteil. Trotz überwältigender militärischer Überlegenheit der US-Truppen haben die Aufständischen nicht kapituliert, sie haben die USA vielmehr dazu zwingen können, zu verhandeln.

Infolge der brutalen Kampfesführung der Besatzungstruppen sind seit dem 4. April mehr als 900, wahrscheinlich über 1000 Irakis ums Leben gekommen, darunter viele Zivilisten. Augenzeugen aus dem von Aufständischen kontrollierten, von US-Truppen belagerten Falludscha berichteten von Angriffen mit Panzern und aus der Luft. Vier Fünftel des Stadtgebiets war von den Kämpfen betroffen. Gleich in den ersten Tagen hatte die US-Armee eine Moschee dem Erdboden gleichgemacht. Ein Mitglied internationaler Hilfsorganisationen, das während eines vereinbarten zweitägigen Waffenstillstandes Mitte April nach Falludscha gelangte, berichtete, dass die Stadt trotz des Waffenstillstandes unter Beschuss von US-Artillerie lag und dass an vielen Orten US-Scharfschützen lauerten und auch auf Kinder und Frauen schossen. Die US-Truppen hatten eines der Krankenhäuser bombardiert und vor einem anderen Krankenhaus systematisch auf Leute gezielt, die dort ein- oder ausgingen, so dass die vielen Verletzten nur noch in zwei kleinen Krankenstationen, die provisorisch in einer Arztpraxis und einer Autowerkstatt eingerichtet worden sind, versorgt werden können. Einige Verwundete waren augenscheinlich durch Splitterbomben schwer verletzt. „Wenn dies ein Waffenstillstand war – wie sieht dann der Krieg aus?“¹

Aber auch die US-Truppen und ihre Verbündeten haben enorme Verluste. Dabei sind die bekannt gewordenen Zahlen von 69 gefallenen US-Soldaten in den 10 Tagen seit dem 4. April und von 99 bis heute² bei weitem zu niedrig. Spätestens durch den Tod eines Italieners, der als Geisel genommen und vor laufender Kamera getötet worden war, wurde bekannt, dass sich neben den Besatzungstruppen 15- bis 18tausend „Sicherheitskräfte“, tatsächlich von privaten Firmen angeheuerte, schwer bewaffnete Söldner, im Irak herumtreiben.³ Von ihnen sollen allein in der zweiten Aprilwoche rund 80 ums Leben gekommen sein.

Spanien zieht seine Truppen zurück

In dieser Situation ist es für die Koalition ein schwerer Schlag, dass die neue spanische Regierung ihre Ankündigung wahrmacht und, schneller noch als erwartet, den Abzug der rund 1.300 spanischen Soldaten aus dem Irak eingeleitet hat. Er soll innerhalb von 30 bis 50 Tagen abgeschlossen sein. Ministerpräsi-

Die Besatzung des Irak führt zur Ausbreitung der Konflikte

Ohne Abzug der Truppen gibt es keinen Weg zum Frieden

dent Zapatero begründete den überraschenden Rückzugsbefehl damit, dass von den Vereinten Nationen keine Resolution zu erwarten sei, die die spanische Bedingung für einen Verbleib der Truppen erfülle, nämlich die Übernahme des politischen und militärischen Kommandos im Irak durch die UNO bis zum 30. Juni.

Der schiitische Ayatollah Sadr, dessen Milizen den Besatzungstruppen in Nadschaf und anderen Städten heftige Auseinandersetzungen lieferten, reagiert auf die Ankündigung Spaniens mit der Aufforderung, alle Angriffe auf spanische Soldaten einzustellen: „Wir appellieren daran, die Sicherheit der spanischen Truppen bis zu ihrem Abzug zu wahren, solange sie keine Gewalt gegenüber der irakischen Bevölkerung ausüben.“ Zuvor hatte ein Sprecher der Sadr-Milizen erstmals eine UN-Friedenstruppe für den Irak gefordert. Die Entsendung einer solchen Truppe sei im Interesse der „ganzen Welt“. Die Besatzungstruppen müssten dann jedoch abziehen und politische Gefangene freilassen.⁴

Aber es sieht nicht so aus, als wollten die USA und das mit ihnen verbündete Großbritannien diesen Weg zum möglichen Frieden und Ende der Besatzung einschlagen. Bush lässt überhaupt keine Konzeption für einen wie immer gearteten Frieden erkennen.

Selbst der von den USA eingesetzte und mit ihm verbündete Regierende Rat des Irak hat das Vorgehen der USA in den letzten Wochen scharf kritisiert. Den Angriff der US-Truppen auf Falludscha bezeichnete das schiitische Ratsmitglied Bahralulum als „Kollektivstrafe gegen ganze irakische Städte“, und nicht nur das kurdische Ratsmitglied Uthman stellte offen die Frage, weshalb eigentlich die Amerikaner die Krise mit Sadr pro-

voziert hätten.⁵ Der Exiliraker Alnasseri, Politikwissenschaftler an der Uni Frankfurt, antwortete der *Jungen Welt* auf die Frage, warum der von den Besatzungsmächten eingesetzte Regierungsrat das Vorgehen der USA so heftig missbilligt: „Die Mitglieder fürchten, dass sie selber als politischer Arm der Besatzungsmächte diskreditiert und in diese Gemengelage hineingezogen werden. Sie vermitteln den USA damit eine Botschaft: Verhaltet euch anders, damit wir weiter zusammenarbeiten und eure Politik im Irak auch vertreten können. Die Iraker ... sehen den Zerfall der Gesellschaft als die Folge der Besatzung an. Denn nicht der Abzug der Besatzungstruppen würde, wie behauptet, zu Chaos und Gewalt führen, sondern umgekehrt hat die Besatzung zwangsläufig zu einer Ausbreitung der Konflikte geführt.“⁶

Tatsächlich haben die blutigen Auseinandersetzungen der letzten Wochen auch die Strukturen, die die USA geschaffen haben und auf die gestützt sie ihre Kontrolle über den Irak aufrechterhalten wollen, auf wahrscheinlich lange Sicht erheblich geschwächt. Irakische Soldaten und Polizisten haben in Scharen ihre Posten verlassen. Ein ganzes Bataillon der irakischen Armee verweigerte den Einsatzbefehl, als es den US-Marines in Falludscha zur Seite springen sollte. Polizisten, die gegen die Milizen von Sadr eingesetzt wurden, desertierten, als sie von diesen angegriffen wurden, und ein Teil schlug sich auf die Seite der Milizen.⁷

So zeigt dann auch die jüngste Bush-Rede, in der er den 30.6. als Termin der „Machtübergabe“ an irakische Institutionen bekräftigte, vor allem Konzeptionslosigkeit. Die *Neue Zürcher* beschei-



Oben: Falludscha – Den Bombardements der US-Truppen fallen viele Zivilisten zum Opfer. Unten: Alltag unter der Besatzung.

nigte ihm „grimmige Entschlossenheit zum Durchhalten“, verbunden mit offensichtlicher „Ratlosigkeit“ – eine brandgefährliche Mischung.⁸ Denn Bush, auch in den USA und selbst in seiner eigenen Partei unter Druck, sucht sein Heil in der Eskalation. Entgegen der ursprünglichen Planung verbleiben rund 21.000 Soldaten, die jetzt im Zuge der Rotation in die USA hätten zurückverlegt werden sollen, im Irak. Damit werden die US-Truppen auf 135.000 aufgestockt. Weitere Verstärkungen sind in der Debatte. Gleichzeitig droht die Militärführung Syrien und kündigte US-Zivilverwalter Bremer an, dass die US-Truppen auf noch unabsehbare Zeit im Irak stationiert bleiben würden. Immer tiefer droht die US-Besatzung im Chaos zu versinken, das sie selbst hervorruft. Daraus will sie sich durch den Einsatz der Nato im Irak befreien. Das kündigte Bush in seiner Fernsehrede an.

Der frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium Lothar Rühl berichtet am 14. April aus dem Nato-Hauptquartier in Brüssel. Folgt man seinen Ausführungen, dann sehen die „europäischen Nato-Partner“ kaum eine andere Möglichkeit, als „als Ganzes im Irak operative Verantwortung für die Sicherheit übernehmen (zu) müssen, um Schlimmeres als die seither eskalierte Konfrontation mit den USA zu verhindern“. „Jedenfalls rechnet man in Brüssel damit, dass Präsident Bush die Staats- und Re-



Demonstration in San Francisco

gierungschefs beim Bündnisgipfel Ende Juni in Istanbul auffordern wird, im Irak einzuspringen, denn die Personalreserven der USA sind trotz dem taktischen Rückzug der Truppen aus den Städten und größeren Orten nahezu ausgeschöpft. „Von einem Kontingent von etwa 40.000 bis 50.000 Soldaten einschließlich der (ca. 11.000) britischen ist die Rede. Dazu müsste ebenso die Truppenstärke der Nato in Afghanistan auf 40.000 bis 50.000 Soldaten erhöht werden. Insgesamt also müsste die Nato, so gibt Rühl „hohe alliierte Militärs“ wieder, insgesamt „zwischen 80.000 und 100.000 Soldaten zusammen ins Feld stellen“. Der Staatssekretär a.D. resümiert: „Europa und die Nato finden sich ein Jahr nach dem amerikanisch-britischen Krieg am Golf in einer Doppelfalle wieder. Sie müssen die USA unterstützen und dürfen sich dabei weder von Washington einvernehmen lassen noch den Eindruck im Mittleren Osten erwecken, dass die Nato als euro-atlantisches Bündnis in einer Hilfsfunktion der amerikanischen Militärpräsenz im Irak auftritt. Dieses Risiko ist hoch und nur schwer beherrschbar.“⁹

Der spanische Rückzug, erzwungen durch die öffentliche Meinung, dürfte die Entscheidung für einen Nato-Einsatz im Irak erheblich erschweren. Die Befürchtung, dass das „spanische Beispiel Schule machen“ könnte¹⁰, erhält durch die Ankündigung Honduras, nun ebenfalls seine fast 400 Soldaten zurückzuziehen, Nahrung. Polen hat sogleich angekündigt, das spanische Kontingent nicht durch Erhöhung des eigenen Kontingents ersetzen zu wollen. In Italien wächst der Widerstand gegen die Beteiligung an der Koalition. Die Friedensbewegung in den USA, die auch im April wieder Demonstrationen für die Heimholung der US-Truppen und die Beendigung der Besatzung durchführte, fühlt sich durch die Entscheidung Spaniens ermutigt.

sc

- 1 Dahr Jamail, Tödliche Waffenruhe, in: Wochenzeitung, 15.4.
- 2 Quelle: N24, AFP, AP, 19.4.
- 3 Der österreichische Standard z.B. berichtet, dass die Sicherheitsbranche seit Beginn des Irak-Krieges einen wahren Boom erlebt. Die zweitgrößte Besatzungsmacht nach den USA seien „schwer bewaffnete Schutzmänner in Zivil“. Für die US-Regierung sei es billiger, für viele Besatzungstätigkeiten private Sicherheitsfirmen als Soldaten einzusetzen. Die überwiegende Mehrheit allein der 10- bis 15.000 US-„Zivilisten“ im Irak seien Söldner, hinzu kommen die Söldner zahlreicher britischer Sicherheitsfirmen. Die meisten rekrutieren sich aus Eliteeinheiten von Polizei und Armee, viele kommen aus Südafrika oder Chile. Sie verrichten ihren Job als Killer, denn um nichts anderes handelt es sich, für manchmal bis zu 1000 Dollar/Tag, gerade in Falludscha, meist aber für rund 12.000 Euro monatlich. (Der Standard, 16.4., Independent, 29.3.) Die Zeitung „The Star“ aus Bagdad (13.4.) sieht in der Existenz dieses gewaltigen Söldnerheers eine der Ursachen für die Geiselnahme

der letzten Tage: Die Iraker glaubten inzwischen, jeder ausländische Arbeiter sei ein potenzieller Söldner.

- 4 Quelle: N24, AFP, AP, 19.4.
- 5 NZZ, 13.4. und 16.4. Die US-Armee hatte seit Monaten einen Haftbefehl gegen Sadr, den sie nicht vollstreckte, stattdessen dann mit der Ermordung Sadr drohte.
- 6 Junge Welt, 16.4. Die Anwesenheit der GSG-9 im Irak bewertete der Wissenschaftler in diesem Interview so: „Ich denke, Deutschland will schon im Vorfeld bestimmte Kenntnisse gesammelt haben, falls man sich doch entscheidet, im Irak auch militärisch mitzumi-

schen. Das betrifft nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich, Russland, die Türkei, Israel – alle sind dort anwesend.“

- 7 NZZ, 18.4., Rambos wider Willen, Irakische Soldaten und Polizisten quittieren aus Protest den Dienst, sowie NZZ, 13.4., Zerschlagene Ordnungsansätze im Irak
- 8 NZZ, 14.4. Aufruf Bushs zum Durchhalten im Irak, Entschlossenheit trotz Rückschlägen – Planung bleibt vage
- 9 NZZ, 14.4., Lothar Rühl, Die Nato in der mittelöstlichen Doppelfalle. Vor der Entscheidung über ein Eingreifen im Irak.
- 10 So der Kommentar der FAZ am 20.4.

Ostermarsch 2004

Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr

Kassel, 12. April – Zum Abschluss der diesjährigen Ostermärsche stellt der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag fest:

Der wieder aufflammende Irakkrieg stand im Mittelpunkt der diesjährigen Ostermärsche, die durch rund 70 Städte führten. In zahlreichen Reden wurde darauf hingewiesen, dass die desaströse Lage im Irak einzig und allein die Folge des völkerrechtswidrigen und auf Lügen aufgebauten Krieges sei. Den Besatzungsmächten sei es nicht gelungen, die Situation im Land zu stabilisieren. Die Unzufriedenheit mit dem Besatzungsregime mache sich nun in aufstandsähnlichen Aktionen Luft. Die Ostermarschierer forderten den sofortigen Stopp des Krieges, den Abzug der Besatzungstruppen und die Vorbereitung von Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen. Das Argument, dass dann im Irak das Chaos ausbrechen würde, lässt die Friedensbewegung nicht gelten. „Das Chaos, das ist die Anwesenheit der Besatzungstruppen, das ist die außergesetzliche Willkür des Militärs, das ist die westliche Überheblichkeit, die für immer mehr Menschen im Irak unerträglich wird“, sagte Peter Strutyński beim Münchner Ostermarsch am Samstag.

Angesichts der dramatischen Lage im Irak und der anderen Herausforderungen (EU-Militärverfassung, Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee) kann man mit der Beteiligung an den Ostermärschen nicht rundum zufrieden sein. Am Sonntag und Montag stiegen aber die Teilnehmerzahlen stark an. Insgesamt haben sich an den vier Ostertagen zwischen 15.000 und 20.000 Menschen* aktiv beteiligt. Die Demonstranten haben sich aber als Sprachrohr der Bevölkerungsmehrheit betätigt, die den Irakkrieg immer abgelehnt hat und die auch keine Kriegseinsätze der Bundeswehr in aller Welt wünscht. Es ist erfreulich, dass an vielen Orten auch Kreisverbände der Grünen

und manchmal auch SPD-Unterbezirke zu den Ostermärschen aufgerufen haben.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag widerspricht entschieden dem Einwand des Militärbischofs Walter Mixa, der sich zu Ostern für „humanitäre“ Bundeswehrauslandseinsätze à la Afghanistan und sogar für Einsätze der Bundeswehr im Inneren aussprach. Mit diesen Ansichten setzt sich Mixa nicht nur in Gegensatz zu den vielen christlichen Demonstranten, sondern auch zu den friedenspolitischen Positionen der beiden großen Kirchen und der ökumenischen Kommission „Justitia et Pax“. Den Soldaten, für deren Wohl die Militärseelsorge ja da sein soll, erweise Mixa mit seinen radikalen Sprüchen eine Bärenrend.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutyński (Sprecher)

* Die Zahlen erwiesen sich nach nochmaliger Recherche als viel zu niedrig. Man muss von einer doppelt so hohen Teilnehmerzahl ausgehen.

Bild: Hamburg – res



Sharons Haut und Bushs Flecken

Von Uri Avnery

Frage: Ist der „einseitige Trennungsplan“, dem Präsident Bush in dieser Woche so dramatisch zugestimmt hatte, ein Bluff?

Antwort: Ja und nein. Wenn Ariel Sharon seine Umsetzung vermeiden kann, dann wird er dies gewiss tun. Er wird ihn umsetzen, wenn es keine Alternative gibt. Im schriftlichen Plan heißt es, dass er bis Ende 2005 umgesetzt werden soll – und bis dahin kann sich die Situation im Lande und im Nahen Osten insgesamt völlig verändert haben.

Auf jeden Fall haben bis jetzt noch keine Vorbereitungen begonnen. Es gibt keine Antwort auf Dutzende von Fragen, die im Zusammenhang mit einem sinnvollen Plan noch vor Beginn der Ausführung gestellt werden. Z.B. Wohin werden die Siedler hingehen? Wie viel Entschädigung werden sie erhalten? Wer wird den Gazastreifen nach dem Rückzug verwalten? Wem werden die Häuser und die öffentlichen Gebäude übergeben? Wie wird die Armee die Evakuierung ausführen? Wohin werden die abgezogenen Armeekräfte verlegt?

Wenn dies der Fall ist, warum hat Sharon den Plan jetzt auf die Agenda gesetzt? Dafür gibt es verschiedene Erklärungen, und alle sind wahr.

Nachdem Sharon mehrere Jahre beschuldigt worden war, „keinen Plan zu haben“ und alt und müde zu sein, ergriff er eine kühne Initiative. Nicht nur das Land, die ganze Welt spricht über den „Sharon-Plan“. Die Genfer Initiative ist im Vergleich dazu zur Seite geschoben worden.

Sharon möchte auch die Zeit nutzen, so lange George Bush noch im Weißen Haus ist, um amerikanische Unterstützung für mehrere Bestandteile seines wirklichen, langfristigen Planes zu erhalten.

...

Wie immer sind Sharons Erklärungen und Taten dazu bestimmt, den Erfordernissen des Augenblicks zu entsprechen. Das war so, als er General war, und so ist es heute, wo er Politiker ist. Er ist eher ein „taktischer“ als ein „strategischer“ Führer.

Hat sich Sharon wirklich geändert? Kann etwa „ein Mohr seine Haut wandeln“ (Jeremia 13, 23)? Kehrt er seiner Lebensaufgabe nun den Rücken?

Der Mohr hat seine Haut nicht gewechselt. Eine Analyse des Plans, wie er von

Bush gut geheißen und zu guter Letzt den Ministern auch gezeigt worden war, enthüllt, dass er genau mit dem Plan übereinstimmt, den er seit Jahrzehnten vorschlägt. Er hat nur ein Stück davon herausgeschnitten und bietet diesen als up-to-date Plan an.

Und wie sieht der allumfassende Plan aus?

Der maximale Plan ist, alles Land zwischen Mittelmeer und dem Jordan in einen jüdischen Staat umzuwandeln – oh-

Es wird gesagt, dass Bush derjenige amerikanische Präsident sei, der am meisten pro-Israel eingestellt sei. Ich denke, dass das Gegenteil stimmt. Ich bin davon überzeugt, dass er derjenige ist, dessen Einstellung am meisten anti-israelisch ist, weil der Sharon-Bush-Plan den Weg zum israelisch-palästinensischen Frieden, der einzigen Hoffnung für ein normales Leben, blockiert.

ne nicht-jüdische Bevölkerung. Da solch eine ethnische Säuberung im Augenblick nicht ausführbar ist, will er den minimalen Plan ausführen: die Grenzen des jüdischen Staates so weit wie möglich hinausschieben, ohne weitere arabische Bevölkerung.

Deshalb will er den Gazastreifen mit seinen 1,2 Millionen palästinensischen Bewohnern los werden. Er hat sich darauf eingestellt, die 7000 dort lebenden jüdischen Siedler zu evakuieren, um die Siedlungen auf der Westbank, in denen 250 000 jüdische Siedler leben, zu konsolidieren.

Sharon will 55% der Westbank an Israel anschließen – den Teil, in dem 80% der Siedler leben und in dem die arabische Bevölkerung verhältnismäßig gering ist. Im Plan heißt es: „Es ist klar, dass es in der Judäa-Samaria-Region Gebiete gibt, die ein Teil Israels bleiben, einschließlich ziviler Örtlichkeiten, Sicherheitsbereichen und anderen Orten, an denen Israel zusätzliches Interesse hat (Artikel 1c).“ (Da der Plan nur auf hebräisch durchgesickert ist, habe ich ihn übersetzt.) Diese Definition kann praktisch alles einschließen.

Fast die ganze palästinensische Bevölkerung der Westbank, etwa 2,5 Millionen Bewohner, wird in den restlichen 45 % des Gebietes geopfert sein. Dies sind mit dem Gazastreifen etwa 10% des Landes, das unter britischem Mandat vor 1948 „Palästina“ genannt wurde. Dieses Gebiet wird eine Art Archipel in einem großen israelischen Meer sein. Jede „Insel“ wird von den anderen

abgeschnitten sein und nur von israelischen Gebieten umgeben sein. Die Inseln werden künstlich mit neuen Straßen, Brücken und Tunnels verbunden, um die Illusion eines „zusammenhängenden, lebensfähigen Staates“ zu schaffen, wie es die Amerikaner verlangen. Nach dem schriftlichen Plan: „Israel wird die Transportinfrastruktur in der Judäa-Samaria-Region verbessern, um einen durchgehenden palästinensischen Transport zu ermöglichen“ (4). In der Praxis können diese Verbindungen jederzeit innerhalb von Minuten unterbrochen werden. Gründe lassen sich immer leicht finden.

Sharon ist es gleichgültig, ob diese Ansammlung von Enklaven dann – nach Bushs Vision – „Palästinensischer Staat“ genannt wird.

Welche Verbindung gibt es zwischen diesem und dem „Trennungszaun“?

Der Verlauf des Zauns – der Teil, der schon fertig gebaut

wurde, und der Teil, der in Zukunft gebaut wird – reflektiert dieser Plan genau. Das ist es, was von Anfang an geplant war. „Israel wird den Sicherheitszaun, entsprechend den relevanten Regierungsentscheidungen weiterbauen (5c).“ In seinem Brief an Sharon schreibt Bush: „...eher eine Sicherheits- als eine politische Barriere, eher eine vorübergehende als eine permanente.“ Was wohl heißen mag, bis Sharon oder sein Nachfolger anders entscheiden. Also auf immer.

Warum unterstützt die israelische Armee diesen Plan?

Die Evakuierung der Militärkräfte aus dem Gazastreifen und ihre Umverteilung in die Westbank ermöglicht es ihr, Ressourcen, Menschenpotential als auch Geld zu sparen. Im Augenblick bewacht eine ganze Division den Gazastreifen, und viele Bataillone bewachen die Dutzende von isolierten Siedlungen mitten in der Westbank. Der Plan erlaubt der Armee, ihre Kräfte rationeller einzusetzen und der Zerstreuung der Kräfte ein Ende zu setzen, da dies im Gegensatz zur militärischen Logik ist.

Warum ist Sharon damit einverstanden, im Norden der Westbank vier Siedlungen zu räumen?

Die Amerikaner verlangen eine symbolische Geste, um zu belegen, dass der Plan sich nicht nur auf den Gazastreifen bezieht.

Tatsächlich hat die Evakuierung der vier kleinen Siedlungen nur symbolischen Wert. Es ist eine unbedeutende Ge-

gend mit ein paar kleinen und unwichtigen Siedlungen. Sharons Siedlungs- und Annexionsplan sieht sowieso die Evakuierung von Dutzenden kleiner Siedlungen in dem Gebiet vor, das den Palästinensern überlassen werden soll.

Was wird im Gazastreifen geschehen, falls Sharon ihn tatsächlich evakuieren wird?

Die Abtrennung wird eine Täuschung sein. Die direkte Besatzung wird zu einer indirekten, die viel billiger und wirksamer sein wird.

Nach dem Plan wird der Gazastreifen ein riesiges Gefängnislager werden, das von allen Seiten abgeschnitten ist. Es wird keinen Hafen haben und keinen Flughafen und auch von seinem einzigen Nachbarn, Ägypten, abgeschnitten sein. Man kann den Streifen nur über Israel betreten und verlassen. Wie jetzt wird Israel in der Lage sein, die Zufuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen, Wasser, Brennstoff, Gas und Strom zu sperren, auch den Ausgang von Arbeitern und die Ausfuhr von Waren. Israel wird auch zu jeder Zeit in den Gazastreifen einfallen können, um „Terrorakte zu verhindern“.

Im Plan heißt es: „Israel behält sich die grundsätzlichen Rechte der Selbstverteidigung vor, einschließlich der Präventivschläge“ (3). Der Präsident hat nicht nur diesem zugestimmt, sondern in seinem Brief dies auch auf die Westbank ausgedehnt: „... Kontrolle des Luftraums, der Territorialgewässer und der Landpassagen der Westbank und des Gazastreifens wird fortgesetzt.“ Das bedeutet, dass nach der „Bushvision“ auch der „Palästinensische Staat“ ein Gefängnislager sein wird – völlig von der Welt abgeschnitten. Tatsächlich, eine hoffnungsvolle Vision!

Im geschriebenen Text des Planes wird auch dargelegt, dass in der neu geschaffenen Situation keiner Israel die Verantwortung für das Wohlergehen der Bevölkerung geben kann. Schließlich wird ja die Besatzung beendet sein. Das bedeutet, Israel ist in der Lage, den Streifen abzuwürgen, die Verantwortung aber fällt auf andere.

Wenn dies so „gut für Israel“ sein soll, warum lässt Sharon die Evakuierung nicht sofort vollziehen?

Kein Politiker mag Unannehmlichkeiten. Die Evakuierung des Streifens wird gewalttätige Zusammenstöße mit den Siedlern nach sich ziehen, nicht nur mit den lokalen, sondern auch mit denen aus der Westbank. Darum zieht es Sharon vor, über den Rückzug zu reden, anstatt ihn ausführen zu lassen.

Wenn Sharon denkt, dass die Siedlungen im Gazastreifen eine Bürde sind, warum hat er sie dann dort an erster Stelle hingesetzt? Warum erklärte er vor noch nicht langer Zeit, dass Netzarim, eine völlig isolierte Siedlung mitten im Gazastreifen, so wichtig wie Tel Aviv sei?

Diese Erklärung dient wie all seine anderen Äußerungen nur dazu, einem momentanen Bedürfnis zu dienen.

Die Siedlungen im Gazastreifen wurden ohne viel Überlegung dort aufgebaut, als Folge einer Siedlungsbauautomatik und unter völliger Nichtbeachtung der Palästinenser. Die verantwortlichen Leute glaubten, dass der Streifen niemals zurückgegeben würde, und wenn es zum schlimmsten käme, sie wenigstens die Siedlungen behalten könnten.

Die Errichtung der Siedlungen im Gazastreifen war ein Verbrechen, das viel Blut und Milliarden von Dollar kostete. Die Arbeiterpartei ist für dieses Verbrechen genau so verantwortlich wie der Likud. Aber Israelis vergessen schnell, und keiner wird Sharon oder Peres die Schuld für den Tod der Soldaten und Siedler geben, die dort für nichts getötet wurden oder noch getötet werden.

Wenn der Mohr seine Haut nicht gewechselt hat, hat dann der Leopard seine Flecken geändert? Hat sich die amerikanische Position diese Woche tatsächlich dramatisch verändert?

Der Wechsel liegt vor allem in der eklatanten und eindeutigen Unterstützung Sharons von Bushs Seite, der alle Vor Spiegelungen, ein ehrenhafter Makler und Vermittler zu sein, aufgegeben hat. Wie Sharon ignoriert nun auch Bush das palästinensische Volk und seine Führung. Dies hat unter den Palästinensern und in der ganzen arabischen Welt einen Wutausbruch verursacht. Aber was den realen Inhalt betrifft, so ist die Änderung minimal.

(...)
Aber hat Bush jetzt nicht zum ersten Mal die Einverleibung der Siedlungsblöcke nach Israel gut geheißen?

Nein. Clinton hat auch dies vor ihm getan. In derselben Rede hat er die „Einverleibung der Siedlungsblöcke in Israel“ gutgeheißen. Bush seinerseits schrieb in seinem Brief, dass es angesichts neuer Tatsachen, einschließlich schon existierender, größerer israelischer Bevölkerungszentren, unrealistisch sei, eine vollständige Rückkehr zu der Vor-1967-Grenze, der Grünen Linie, zu erwarten.

Alle amerikanischen Pläne, die auf die Nixon-Jahre zurückgehen, sprechen über „unwesentliche Änderungen“ dieser 1967-Grenze. Der berühmte Beschluss 242 des UN-Sicherheitsrats verlangte auch nicht, dass die frühere Grenze ohne Änderung wieder hergestellt werden solle. Bushs Formel setzt diese Linie fort. Er sprach die Ausmaße der anvisierten Grenzveränderungen nicht an.

Es ist aber der Mühe wert, daran zu erinnern, dass die ganze Idee mit den „Siedlungsblöcken“ vor Jahren dem phantasievollen Hirn von Yossi Beilin entsprungen ist und im Beilin-Abu Mazen-Abkommen enthalten ist. Beilin hoffte, dass er damit die Opposition der

Siedler entwaffnen würde, die die isolierten Siedlungen opfern würden, um die Siedlungsblöcke zu retten, in denen 80% der Siedler leben. Diese Hoffnung hat sich als falsch erwiesen, und Beilins Trick diente nur dazu, die Idee der Annexion der Blöcke zu legitimieren. Die Siedler durchschauten den Trick, weil sie einen Präzedenzfall fürchteten, der dadurch geschaffen würde, wenn nur eine einzige Siedlung geräumt würde. Dies wollen sie mit allen Mitteln verhindern.

Übrigens wurde Sharon im selben Statement, das von der Genfer-Initiativ-Gruppe vor seinem Abflug veröffentlicht wurde, aufgefordert, von Bush „die Annexion der zentralen Siedlungsblöcke wie Gush Etzion, Maale Adumin und Givat Ze'ev in Israels Herrschaftsgebiet“ zu verlangen.

Da gibt es natürlich einen Unterschied: Beilin und Clinton schlugen „Landtausch“ vor, entweder eins zu eins oder zu einem weniger gleichen Verhältnis. Aber es war klar, dass von den Palästinensern verlangt wurde, dass sie ihr fruchtbarstes Land hergeben und dafür einen Streifen Wüste erhalten sollten.

Wenn es so ist, wo ist dann die dramatische Änderung?

Das Drama liegt weniger in den Noten als in der Melodie. Clinton hat seine Vorschläge, die klar pro-Israel waren, mit Honig bestrichen. Bush wiederholte diese Positionen in einem grellen, rauen und arroganten Ton. Er spricht über die Palästinenser im Stil eines Militärgouverneurs – genau wie Sharon.

Wenn dem so ist, wie werden die Folgen aussehen?

So weit es die Amerikaner betrifft, wird der muslimisch-arabische Zorn gegen sie noch stärker werden und die Motivation, den Amerikanern im Irak und anderswo zu schaden, wachsen.

Warum tat er dies dann?

Henry Kissinger hat einmal gesagt, dass Israel keine Außen-, sondern nur Innenpolitik betreibe.

Das trifft auch für die USA zu. In dieser Angelegenheit handelt Bush nur mit dem Blick auf seine Wiederwahl. Er benötigt die jüdischen Stimmen und die der evangelikalen Christen, die den israelischen rechten Flügel unterstützen. Er benötigt auch die jüdischen Spenden.

Es wird gesagt, dass Bush derjenige amerikanische Präsident sei, der am meisten pro-Israel eingestellt sei. Ich denke, dass das Gegenteil stimmt. Ich bin davon überzeugt, dass er derjenige ist, dessen Einstellung am meisten anti-israelisch ist, weil der Sharon-Bush-Plan den Weg zum israelisch-palästinensischen Frieden, der einzigen Hoffnung für ein normales Leben, blockiert.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert) Quelle: www.friedensratschlag.de – Gekürzt



Die Pygmäen der DR Kongo, Ruandas und Burundis wollen sich zusammenschließen, um ihrer Stimme Gehör und ihren Rechten Anerkennung zu verschaffen. Die Pygmäen sind besonders häufig Opfer der Kriege und Massaker in der Region. Allein in der DR Kongo leben rund 600.000 von ihnen. Viele wurden allein im letzten Jahr bei den Kämpfen in den Provinzen Nord-Kivu und Ituri aus den Waldgebieten, in denen sie leben, vertrieben und als Flüchtlinge am äußersten Stadtrand von Goma in Hütten aus Ästen, Blättern und Plastikplanen untergebracht. Unter den Armen – in Nord-Kivu und Ituri stirbt jedes Kind vor seinem dritten Lebensjahr – sind sie die Ärmsten, verfolgt, entrechtet, von medizinischer Versorgung und Schulausbildung ausgeschlossen und auch von den internationalen Hilfsorganisationen meist „übersehen“. Aber auch in anderen Regionen ergeht es ihnen kaum besser. Europäische Holzkonzerne, die unkontrolliert und rücksichtslos den Regenwald in Zentralafrika abholzen, vertreiben die Pygmäen, die hier als Jäger und Sammler leben, brutal aus ihren angestammten Waldgebieten.

Kantone wollen EU-Beitritt der Schweiz

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) in der Schweiz hat Ende März ein Papier verabschiedet, mit dem sie sich für den EU-Beitritt der Schweiz ausspricht. Weder für bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU noch für eine Neuauflage des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) gebe es eine Zukunftsperspektive. Die KdK ist ein Instrument der Kantone, auf die Außenpolitik Einfluss zu nehmen. Die Kantone argumentieren, dass sie sich ohnehin weitgehend am EU-Recht orientieren, ohne jedoch gegenwärtig auf die Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen zu können. Umfragen zufolge ist die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung gegen einen EU-Beitritt, auch Regierung und Parlament streben den Beitritt zur Zeit nicht an. Die Kantone befürchten jedoch, dass ein späterer Beitritt, den sie für letztlich unvermeidlich halten, um so schwieriger wird, je größer die EU dann ist. (Quelle: WoZ)

Entscheidung über EU-Beitritt Kroatiens steht bevor

Nach Redaktionsschluss gibt die EU-Kommission ihre Empfehlung zum Beitrittswunsch Kroatiens bzw. für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ab. Stimmt er dafür, wird im Juni der EU-

Ministerrat über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entscheiden. Die kroatische Regierung rechnet fest mit einem positiven Votum und damit, zusammen mit Rumänien und Bulgarien 2007 EU-Mitglied zu werden. (Quelle: DW)

Lettland: Massenproteste gegen Sprachgesetz

Ein neues Gesetz zwingt die Lehrer Lettlands, das zum 1. Mai EU-Mitglied wird, ab September 60% des Unterrichts auf Lettisch abzuhalten. Gut 30% der Bevölkerung sind russisch-sprachig. Das Gesetz verschärft die ohnehin bestehenden Spannungen. Die russische Minderheit befürchtet, dass das Gesetz ihren Kindern, die häufig nur schlecht lettisch sprechen, die Schulausbildung erschwert und die Diskriminierung verschärft. Bereits im Januar demonstrierten 10.000 gegen das Sprachgesetz, für den 1. Mai wird zu einer weiteren Großdemonstration mobilisiert. (Quelle: www.faz.net)

Keine Freizügigkeit – Ungarn reagiert mit Gegenmaßnahmen

Ungarn reagiert mit Gegenmaßnahmen auf das Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten, die den Lohnabhängigen der neuen Mitgliedstaaten die Freizügigkeit verwehren. Die Regierung verabschiedete eine entsprechende Regelung, die Beschäftigten aus diesen EU-Ländern – vor

allem die BR Deutschland und Österreich – den Zutritt zum Arbeitsmarkt in Ungarn erschwert. (Quelle: DW)

Liberalisierung des Energiemarktes

Die EU-Vizepräsidentin de Palacio hat im Rahmen eines „Spitzengesprächs“ mit der deutschen Ferngasgesellschaft Wingas und dem russischen Erdölkonzern Gazprom „bestehende Behinderungen“ beim Zugang zum EU-Energiemarkt erörtert. Die beiden Konzerne „begrüßten“ einerseits die bisherigen Anstrengungen der EU zur Liberalisierung des Energiemarktes, kritisierten aber andererseits „Überbürokratisierung“ und legten ihrerseits „Eckpunkte für eine investitionsfreundlichere Energiepolitik in Europa“ vor. Ihren Angaben zufolge werden bis ins Jahr 2030 allein für neue Transport-, Speicher- und Verteilungsstrukturen Investitionen in Höhe von mehr als 200 Mrd. Dollar notwendig und genauso viel für Investitionen in neue Förderstätten und den Bau neuer Produktionseinrichtungen. „Die wenigen Unternehmen, die bereit und in der Lage sind, Investitionen in dieser Größenordnung zu tätigen und die damit verbundenen Risiken zu schultern, benötigen klare, volkswirtschaftlich sinnvolle und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen ... nur ein investitionsfreundlicher Kontext wird die Unternehmen befähigen, sich im weltweiten Wettbewerb um Investitionsmittel für Großprojekte zu behaupten und Kapitalgeber für sich zu gewinnen.“ so Gazprom-Vorstandsmitglied Medwedew. EU-Kommissarin de Palacio betonte in dem Gespräch erneut die Ziele der Kommission, den Wettbewerb zu steigern und die sichere Versorgung Europas mit Energie zu verbessern. Dies wird voraussichtlich auch das Thema zukünftiger Gespräche zwischen Gazprom, Wingas und der EU-Kommission sein. (Quelle: Moskauer Deutsche Zeitung, 14.4.)

USA: Bewegung gegen Armut der Kommunen in Aufbau

Die Bewegung Cities for Peace und Organize! Ohio führen gegenwärtig gemeinsam eine Reihe von Versammlungen durch. Ziel ist, in den nächsten beiden Monaten eine Bewegung von unten gegen die Armut der bzw. in den Kommunen aufzubauen. Am 17.4. fand eine solche Versammlung in Cleveland statt, die auch von mehreren Verbänden mitgetragen wurde, z.B. Zusammenschlüssen von Obdachlosen oder Vereinigungen von Pächtern. Arbeitsgruppen zu Fragen der Gesundheitsversorgung, Bildung und Erziehung, Wohnen, Arbeit wurden gebildet, sie sollen kommunale Aktivisten mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung unterstützen. (Quelle: www.ips-dc.org/citiesforpeace)

Zusammenstellung: scc

WITTSTOCK. Unter dem Motto: „Der Friede kommt nicht mit Gewalt“ demonstrierten am 11. April 2004 in Fretzdorf ca. 10.000 Menschen gegen die Pläne der Bundeswehr, das ehemals von den sowjetischen Streitkräften genutzte Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide als Tiefflugübungsgebiet zu reaktivieren (Bild). Einige Tage zuvor hatte das Brandenburger Parlament mit großer Mehrheit die militärischen Pläne abgelehnt und sich für eine touristische Nutzung ausgesprochen; nur 2 CDUler und die DVU-Fraktion stimmten für das Militär. Noch vor einem Jahr fand ein ähnlicher Antrag der PDS nur wenig Zustimmung. Am 17.4. berichtete allerdings die *Märkische Allgemeine*, dass selbst Brandenburger Bundestagsabgeordnete, die noch vor drei Jahren einen Antrag gegen die Inbetriebnahme des Übungsplatzes unterzeichnet haben, sich nun einer ähnlichen Initiative der Grünen nicht mehr anschließen wollen. „Es gibt im Bundestag einfach keine Mehrheit gegen das Bombodrom“, sagte der Neuruppiner Bundestagsabgeordnete Ernst Bahr (SPD). Immer wieder werde er auch von SPD-Kollegen ungläubig gefragt, warum er denn gegen den Übungsplatz sei; die Region solle doch froh sein, wenn dort ein neuer Bundeswehrstandort entstehe. – Insgesamt fanden in ca. 70 Städten Ostermärsche statt, an denen sich mehrere zehntausend Menschen beteiligten. Im Mittelpunkt der politischen Forderungen stand die Warnung vor der weiteren deutschen Verstrickung in den zunehmend eskalierenden Krieg im Irak. www.freieheide.de



Nach dem Scheitern des NPD-Verbots – Aufruf zum 8. Mai 2004

FRANKFURT/MAIN. Derzeit werden Unterstützer und Spenden für eine Anzeige in der *Frankfurter Rundschau* am 8. Mai gesammelt unter dem Motto: „Nach dem Scheitern des NPD-Verbots: Der Tolerierung faschistischer Umtriebe entschieden entgegenzutreten!“ Darin heißt es u.a.: „Wir fordern eine demokratische Untersuchung der Praktiken des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern und die Abschaffung des die Nazis begünstigenden V-Leute-Systems. Wir fordern die restlose Ausschöpfung aller gesetzlichen Mittel zur Verhinderung von Naziaufmärschen und -veranstaltungen. Organisationen, die die Verherrlichung des nationalsozialistischen Gedankenguts auf ihre Fahnen geschrieben haben, sind entsprechend dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes zu verbieten! Wir fordern die Beendigung der Prozesse gegen angebliche „Störer“ von Neonazi-versammlungen, denn der Faschismus ist kein „schützenswertes Gut“, Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ www.vvn-bda.de

2. Antirassistisches Forum vom 7.–9. Mai 2004 in München

MÜNCHEN. Der vorläufige Programmvoranschlag umfasst folgende Schwerpunkte: 7.5.: Bestandsaufnahme antirassistischer Praxis im Kontext des sozialen Angriffs. 8.5.: Arbeitsgruppen: Arbeit und Migration, globales Migrationsregime – Anti-IOM-Kampagne, Kämpfe gegen die Lager, Gesellschaft für Legalisierung, Kampagne gegen rassistische Polizeikontrollen und -brutalität, Initiative gegen Gutscheine und Asylbewerberleistungsgesetz, Medizinische Flüchtlingshilfen, Deportation Class, Bleiberechtskämpfe /

Kämpfe der Roma ..., Zur antikolonialen Konferenz in Berlin im November, b-04 ... Noborder-Tour-East. 8.5. abends: Plenum: Zwischen Flucht und Migration – Migration als soziale Bewegung? 9.5.: Abschlussplenum. Infos/Anmeldung: *Bay-erischer Flüchtlingsrat, Augsburg Str. 13, 80337 München, Fax 089-762236 oder per Email gs@kein.org*

Atomwaffen & Atomenergie – IPPNW- Kongress 7.–9. Mai in Berlin

BERLIN. Eigentlich sind fast alle gegen AKWs und gegen Atomwaffen. Niemand will diese gefährliche Technologie. Die breite Mehrheit der Bevölkerung nicht, die Politiker nicht, die Journalisten nicht. Selbst die Beschäftigten des Siemens-Konzerns sind großteils keine Befürworter der Atomenergie. Wie kommen dann Entscheidungen zustande, die auf eine Förderung von Atomexporten, auf den Bestandsschutz von Atomkraftwerken und auf die Beschaffung neuer Atomwaffen abzielen? Diese und viele andere Fragen werden auf dem Europäischen

IPPNW-Kongress „Atomwaffen & Atomenergie in einer instabilen Welt – Analysen und Auswege“ erörtert.

Mehr unter www.atomkongress.de

Gewitter in der Wolke. Antisemitismus – Was tun?

BERLIN. Am 28. und 29. April werden Delegierte aus 55 Ländern zu einer Konferenz der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) nach Berlin kommen. Zentraler Gegenstand wird sein, welche Maßnahmen europaweit gegen Antisemitismus einzuleiten sind. Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ nutzt diese Gelegenheit, um dem Thema in Begleitung der Konferenz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Aktivitäten tangieren die Konferenz nicht direkt, sondern dienen dazu, auch jenseits des Konferenzgeschehens Diskussionen anzustoßen. Das Bündnis wird verschiedene Filme zur Thematik des Antisemitismus zeigen. Im Anschluss gibt es jeweils die Möglichkeit zur Diskussion mit kompetenten Gesprächspartnern. Darüber hinaus sind in Berlin eine ganze Reihe von Initiativen und Gruppierungen aktiv, die sich bereits seit Jahren mit der Problematik des Antisemitismus beschäftigen. Innerhalb eines „Forums der Initiativen“ werden diese Gruppen ihre Arbeit präsentieren und verschiedene Begleitaktivitäten (u.a. Stadtführungen, Lesungen und Weiterbildungsveranstaltungen) anbieten. Zudem findet in Kooperation mit dem Projekt „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ am 29. April ein ganztägiger Workshop zum Thema Antisemitismus statt; mit Berliner Schülerinnen und Schülern unterschiedlichen Alters, sozialer und kultureller Herkunft, sowie aus verschiedenen Schultypen.

www.buendnis-toleranz.de



Bildung ist ein Menschenrecht – Kampagne vom 19.–25. April

BERLIN. Vom 19. bis zum 25. April 2004 wird eine weltweite Lobbyaktion der Globalen Bildungskampagne unter dem Motto „Bildung für alle“ stattfinden. Die Globale Bildungskampagne ist ein internationaler Zusammenschluss von Lehrer*innen, Bildungsforschenden, Nichtregierungsorganisationen, die sich dafür einsetzen, dass jedes Kind auf der Welt zur Schule gehen kann. Die deutschen Mitglieder der Kampagne sind CARE Deutschland, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Oxfam Deutschland, Plan International, World Vision und World University Service. Die Aktionen der Globalen Bildungskampagne werden von der UNESCO, UNICEF und der ILO unterstützt. Die größte Lobbyaktion aller Zeiten ist etwas Besonderes, weil sie die Entscheidungsträger direkt mit jungen Menschen zusammenbringt – etwas, das nicht oft vorkommt. Sie ist auch etwas Besonderes, weil sie weltweit in vielen Ländern gleichzeitig stattfindet. Sie ist eine außerordentliche Gelegenheit für Schüler*innen, mehr über die Situation und Probleme der Kinder in anderen Ländern zu erfahren. Die Teilnahme soll in 3 Stufen erfolgen: 1. Stufe: Briefaktion an Herrn Bundeskanzler Schröder. Diese Aktion nimmt sehr wenig Zeit und



Ressourcen in Anspruch und ist umso wirkungsvoller, je mehr Menschen sich beteiligen. 2. Stufe: Individuell gestaltete Aktivitäten in der Schule. Schüler*innen bereiten sich auf eine Begegnung mit Politiker*innen vor. 3. Stufe: Begegnung mit Politiker*innen. Schüler*innen übergeben ihre im Unterricht erarbeiteten Ergebnisse und Petitionen.

www.asta.uni-potsdam.de

Protest gegen eine Zulassung der Bundeswehr zur Buchmesse

LEIPZIG. In einer Erklärung von Ausstellern der Buchmesse Leipzig vom 28.3.2004 heißt es: „Mit einem gewaltsamen Polizeieinsatz hat die Messeleitung der Leipziger Buchmesse am Samstag den Verleger Dietmar Koschmieder (Verlag 8. Mai Berlin) als Sprecher einer Demonstration gegen die Präsenz der Bundeswehr als einer der größten Einzelaussteller wie einen Kriminellen behandelt. 41 Autoren (darunter Peter Handke, Kerstin Hensel, Hermann Kant, Harry Rowohlt, Gerhard Zwerenz) und Verlage (u.a. Argument, Eugenspiegel / Das Neue Berlin, Nautilus, Ossietzky, PapyRossa) hatten zuvor bei der Messelei-

tung gegen die „Privilegierung eines branchenfremden Ausstellers“ protestiert. In dem Appell, die Bundeswehr zukünftig nicht mehr zur Buchmesse zuzulassen, heißt es: „Die massive Präsenz dieser Institution führte schon im vergangenen Jahr zu Protesten von Ausstellern, Autoren und Besuchern. Die Bundeswehr stellt keine Bücher aus, sondern nutzt die Messe, um für ihr neues Konzept weltweiter Militäreinsätze besonders unter Jugendlichen und Lehrern zu werben.“

Im Sinne dieses Appells zogen am Samstag mittag über 200 Verleger, Autoren und Besucher gemeinsam (...) vor den Stand der Bundeswehr, wo Koschmieder als Sprecher der Demonstranten den Appell über Handmegaphon vortrug und erläuterte. Eine Gruppe von Feldjägern stürzte sich ohne Vorwarnung auf Koschmieder, und zahlreiche bereitstehende Polizeibeamte fesselten ihn an Händen und Füßen – angeblich zu seinem eigenen Schutze. Dabei erlitt er eine Handverletzung. Beamte rissen ihn zu Boden und knieten sich auf ihn. Feldjäger in Zivil versuchten, Pressevertreter und Fotografen abzudrängen, und bedrohten sie. (...) Die Messeleitung übernahm später gegenüber Koschmieder ausdrücklich die Verantwortung für den Polizeieinsatz und erteilte ihm und dem Verlag zunächst Hausverbot. Nach Beratung wurde das Hausverbot bis Montag ausgesetzt. Begründet wurde das Hausverbot mit angeblicher Gefährdung von Leib und Leben der Messebesucher.

An den Messeständen mehrerer Verlage unterschrieben inzwischen weit über 1000 Verleger und Verlagsmitarbeiter, Buchhändler und Besucher – darunter auch mehrere Angehörige der Bundeswehr – den oben zitierten Appell an die Messeleitung.

Die provokative Präsenz der Bundeswehr – sie wendet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu Comic-Verlagen hauptsächlich an Jugendliche, die zu einem Weltregierungsspiel eingeladen und dabei an militärische Konfliktlösung (einschließlich Atomwaffeneinsatz) herangeführt werden – veranlasste bei der vorjährigen Buchmesse den ostdeutschen Scheunen-Verlag zu der Ankündigung, der Buchmesse 2004 fernzubleiben, falls die Bundeswehr wieder zugelassen werde. Der Verlag machte diese Ankündigung im Einvernehmen mit seinen Autoren wahr. Der friedliche Literaturaustausch ist also schon auf der diesjährigen Buchmesse beeinträchtigt. Der skandalöse Vorfall von Samstag zwingt zu Überlegungen, verstärkt auf die Messeleitung einzuwirken, damit die Bundeswehr nicht weitere Siege über die Literatur erringt.“

www.redglobe.de

Gegen die Ausgabe diskriminierender Gutscheine – Aktion am 8. April

BERLIN. Etwa 100 Personen fanden sich am 8. April 2004 beim Penny-Markt in der Kreuzberger Bergmannstraße zu einer Kundgebung und Gutschein-Einkaufsaktion ein. Der Protest richtete sich gegen rassistische Sondergesetze für Flüchtlinge in Deutschland, insbesondere gegen die Ausgabe diskriminierender Gutscheine der Firma ACCOR vom Sozialamt Neukölln. Exemplarisch wurde



dieser Penny-Markt ausgewählt, weil hier zusätzlich das Wechselgeld einbehalten wird. Die „Initiative gegen das Chipkartensystem“, die die Aktion organisiert hat, hält dies schlicht für Diebstahl. – Zwar will nach langem Streit der zuständige Sozialstadtrat Michael Büge (CDU) nun endlich den Beschluss der Berlin-Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung vom Mai 2003 umsetzen und Bargeld statt Gutscheine ausgeben, doch drohte Büge an, ab dem 1.7.2004 evtl. die Auszahlungsräume „schrittweise auf wöchentlich oder auch täglich“ zu verringern.

Bild: www.umbruch-bildarchiv.de

Es geht auch anders! – Perspektivenkongress vom 14.–16. Mai

BERLIN. Vom 14. bis 16. Mai finden an der TU Berlin ein Perspektivenkongress statt. Ein Wochenende lang wird in verschiedenen Arbeitsgruppen versucht, bestehende Alternativen zur aktuellen TINA-Politik, die nur noch den Markt, aber keine Menschen mehr kennt, zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Der Perspektivenkongress will Austausch befördern, Zusammenarbeit anstoßen und Bündnisprojekte initiieren. Die Themen reichen über Bildungs- und Wirtschaftspolitik bis hin zu Ökologie, Migrations- und „Innovations“politik. Der fzs gehört zusammen mit ver.di, dem Sozialverband Deutschland, dem BdWi, attac und zahlreichen anderen Gruppen und Initiativen zum Trägerkreis der Veranstaltung. Das umfangreiche Programm und dessen zahlreiche Unterstützer sind veröffentlicht in der Homepage:

www.perspektivenkongress.de
Zusammenstellung: baf

Wir bleiben sauber: Gen-Food – nein danke!

STUTTGART. Über 10.000 Menschen haben am 18. April 2004 in der Stuttgarter Innenstadt demonstriert. Ein Schlepper-Corso mit mehr als 300 Traktoren legte den City-Ring der Landeshauptstadt lahm. Tausende gelber Luftballons stiegen symbolisch als unlenkbare Gentechnik-Pollen in die laue Frühlingsluft. Landwirte und Verbraucher setzten ein eindrucksvolles Zeichen für eine Landwirtschaft ohne Gentechnik.

Unter dem Motto „Wir bleiben sauber – keine Gentechnik in der Landwirtschaft und in Lebensmitteln“ waren sie dem Aufruf des Aktionsbündnisses „Gentechnikfreie Landwirtschaft“ gefolgt. Hinter dem Bündnis stehen 50 Verbände und Organisationen aus der Landwirtschaft, dem Umwelt- und Verbraucherschutz. Auf der anschließenden Kundgebung auf dem Schlossplatz forderte Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker (MdB), Gründer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, die Politik auf zu verhindern, dass Pflanzen durch eine Handvoll weltweit agierender Großkonzerne patentiert werden. „Wer die Macht über Saatgut in die Hände weniger gibt, kann die Ernährung der Bevölkerung später nicht mehr gewährleisten.“ Mehrfach kritisierten die elf Redner die CDU-dominierten Landesregierungen, die im Bundesrat bzw. im Vermittlungsausschuss eine Verwässerung des Gentechnikgesetzes betreiben und das Haftungsrisiko der Allgemeinheit aufhalsen wollen. „Akzeptieren Sie diesen breiten Protest endlich als unmissverständlichen Wählerauftrag und sorgen Sie in den anstehenden Gesetzgebungsverfahren für einen effektiven Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und gentechnisch unveränderter Lebensmittel“, appellierte Thomas Dosch, Bund für Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), an die Politik.

Dosch verwies auf eklatante Regelungslücken bei Milch, Eiern und Fleisch in der neuen Kennzeichnungsverordnung für gentechnisch veränderte Lebensmittel, die am 18. April 2004 in Kraft tritt. Sie biete dem Verbraucher keine ausreichende Sicherheit beim Einkauf und müsse deshalb dringend nachgebessert werden.

Christian Reuter, Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Tü-

bingen, berichtete von einer stark zunehmenden Bereitschaft unter den Landwirten, sich freiwillig in gentechnikfreien Regionen zusammenzuschließen. Die Politik müsse hierzu die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Er forderte aber auch die Verbraucher auf, ihrer in zahlreichen Umfragen geäußerten Ablehnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln Taten folgen zu lassen: „Nur durch den Einkauf gentechnisch unveränderter Lebensmittel können wir verhindern, dass die Gentechnik bei uns Einzug hält.“

Die Vertreter vom Aktionsbündnis „Gentechnikfreie Landwirtschaft“ freuten sich über die großartige Resonanz. Der Funke sei übergesprungen und der Widerstand werde in den nächsten Wochen auf vielfältige Weise weitergehen. „Die Gentechnik ist eine Risikotechnologie, die – einmal auf unseren Äckern ausgesät – nicht mehr kontrollierbar ist. Wird Gentechnik auf den Feldern angebaut, kann eine Auskreuzung auf natürlich gewachsene Pflanzen nicht mehr verhindert werden. Ein Nebeneinander in Koexistenz ist nicht möglich. Dies belegen die Erfahrungen der Landwirte in Kanada und Argentinien“, fasste Jürgen Binder vom Aktionsbündnis zusammen. Wenn die Gentechnik erst einmal großflächig zum Einsatz kommt, gibt es bald keine Lebensmittel mehr, für die Gentechnik-Freiheit garantiert werden kann. Genmanipuliertes Saatgut gefährdet die Existenz von allen Imkern, Bauern und Gärtnern, die ohne Gentechnik arbeiten. Diese Technologie birgt ungeklärte Risiken für Natur und menschliche Gesundheit und eignet sich schon gar nicht zur Lösung der Probleme in der Dritten Welt. Deshalb sollte das Motto auch weiterhin lauten: Wir bleiben sauber: Gen-Food – nein danke! www.gentechnik-freie-landwirtschaft.de



Zwei Volksbegehren

HAMBURG. Die Initiativen „Bildung ist keine Ware“ und „Unser-Wasser-Hamburg“ melden am Ostermontag die Durchführung ihrer Volksbegehren an. Gemäß der gesetzlichen Fristen finden beide Unterschriftensammlungen dann parallel vom 23. August bis zum 5. September statt.

Nach dem Erfolg der Volksinitiative gegen die Privatisierung der Beruflichen Schulen leitet das Bündnis für Berufsbildung „Bildung ist keine Ware“ den zweiten Schritt im Volksgesetzgebungsverfahren, das Volksbegehren, ein. Dazu Bernd Viet, einer der Organisatoren des Bündnisses: „Weder Ole von Beust noch Alexandra Dinges-Dierig, die neue Bildungssenatorin, haben sich zu dem Plan der Privatisierung der Beruflichen Schulen geäußert. Das Volksbegehren und der darauf folgende Volksentscheid können nur noch verhindert werden, wenn der neue Senat ausdrücklich von der Ausgliederung der Beruflichen Schulen absieht.“

Auch das Aktionsbündnis „Unser-Wasser-Hamburg“ will seine erfolgreiche Volksinitiative für den vollständigen Verbleib der Hamburger Wasserwerke im Besitz der Stadt mit einem Volksbegehren fortsetzen. Dazu Jürgen Arnecke, Sprecher von UWH: „Da auch der neue Senat angekündigt hat, Haushaltslöcher durch kurzfristige Privatisierungserlöse stopfen zu wollen, ist es notwendig, dass die Bürgerinnen und Bürger selber für den Schutz so sensibler Bereiche wie der Trinkwasserversorgung sorgen.“

Die Initiatoren reichen die Anmeldungen beider Volksbegehren am selben Tag ein, um in denselben Wochen sammeln zu können.“

Das Bündnis „Bildung ist keine Ware“, getragen von Eltern, Schülern, Lehrern, Erziehungswissenschaftlern, hatte im vergangenen November über 23000 Unterschriften eingereicht, das Aktionsbündnis „Unser-Wasser-Hamburg“, getragen von Mietervereinen, Umweltverbänden, Globalisierungskritikern, hatte im Juli 2003 knapp 22000 Unterschriften vorgelagt. In beiden Fällen hatte die Bürgerschaft die Möglichkeit, auf das jeweilige Anliegen der Initiative einzugehen, nicht genutzt. Deshalb unternehmen die Initiatoren jetzt den zweiten Schritt des Volksgesetzgebungsverfahrens: das Volksbegehren, bei dem innerhalb von 14 Tagen mehr als 60000 Wählerinnen und Wähler mit ihrer Unterschrift die Anliegen unterstützen müssen.

PE „Bildung ist keine Ware“ und „Unser-Wasser-Hamburg“

WasserAllianzAugsburg informiert: Erfolgreicher Abschluss des Bürgerbegehrens

„Wasserkreislauf in Bürgerhand“

Mit über 20.000 Unterschriften unterstützen die Augsburger Bürgerinnen und Bürger das Bürgerbegehren „Wasserkreislauf in Bürgerhand“ der WasserAllianz Augsburg! Durch Verhandlungen mit der Stadt Augsburg wurden die wesentlichen Ziele des Bürgerbegehrens erreicht.

Diese Ziele, die in einer am 25.03.2004 einstimmig verabschiedeten Stadtratsresolution festgeschrieben wurden, sind im Einzelnen:

- Der städtische Abwasserbetrieb wird nicht verkauft (dadurch weiterhin keine Mehrwertsteuer auf die Abwassergebühren)
- Die Stadtwerke Wasser GmbH werden auch in Zukunft weder ganz noch teilweise an private Unternehmen verkauft
- Für die Stadtwerke Wasser GmbH ist ein eindeutiger Zielekatalog vereinbart worden, der die Verwendung von etwaigen Gewinnen für die Sicherung der kostengünstigen und dauerhaften Versorgung

mit Trinkwasser auf hohem Qualitätsniveau sowie für den vorbeugenden Trinkwasserschutz festschreibt

- Die Stadtrat bekennt sich zum Verbleib der Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand und appelliert an die Europäische Kommission, die Versorgung mit Trinkwasser nicht zu liberalisieren. Er fordert den Bayerischen und Deutschen Städtetag auf, die vitalen Interessen der Städte am Trinkwasser zu wahren
- Es ist gelungen, das Thema „Wasser als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge“ in die öffentliche Diskussion zu bringen und die Bürger zu sensibilisieren
- Die WasserAllianz wird als dauerhafte Interessenvertretung der Bürger gegenüber der Stadt etabliert und bekommt rechtzeitig und umfassend Informationen über wesentliche Geschäftsvorgänge hinsichtlich der Qualität und des Schutzes des Augsburger Trinkwassers. ➔

Der Stadtratsbeschluss vom 25.3.04 – Das Augsburger Trinkwasser bleibt in kommunaler Hand!

1. Der Stadtrat teilt das Anliegen seiner Bürgerinnen und Bürger, auch in Zukunft die Versorgung mit Trinkwasser in der bewährten, hohen Qualität als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge in den Händen der Stadt und ihres zu 100% in städtischem Eigentum befindlichen Unternehmens Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH zu erhalten. Er sieht sich einig mit der Forderung der „Wasser-Allianz Augsburg“ und der des Bürgerbegehrens „Wasserkreislauf in Bürgerhand“ auf Erhalt der Augsburger Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand. 2. Aus diesem Grund wird die Entscheidung des Europäischen Parlaments vom Februar diesen Jahres begrüßt, eine Liberalisierung des Wassermarktes abzulehnen. Gleichzeitig appelliert der Stadtrat an die Europäische Kommission, sich der Entscheidung des Parlamentes anzuschließen und die Versorgung mit Trinkwasser, unserem Lebensmittel Nr. 1, nicht zu liberalisieren und damit den Gesetzes des Marktes und dem Wettbewerb zu unterwerfen. Der Bayerische und der Deutsche Städtetag werden aufgefordert, weiterhin wachsam zu sein und alles zu unternehmen, um die vitalen Interessen der Städte am Trinkwasser zu wahren.

3. Zur Sicherung des Trinkwassers stellt der Stadtrat klar, dass weder beabsichtigt war noch ist, die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH ganz oder teilweise an Dritte zu veräußern oder solche daran zu beteiligen (keine Privatisierung). Eventuelle Gewinne dieser GmbH sowie die Erlöse aus deren Geschäftstätigkeit sind grundsätzlich für die Aufgabenerfüllung der Gesellschaft gemäß Gesell-

schaftsvertrag zu verwenden, nämlich für folgende Ziele: * Bereitstellung von Trinkwasser auf hohem Qualitätsstandard, insbesondere im Hinblick auf die natürliche Zusammensetzung des Wassers, * weitere Reduzierung von Schadstoffeinträgen in das Grundwasser (u.a. durch Grundstückskäufe), * Erhalt und weitere Sicherung des Trinkwasserschutzes, * Sicherung einer kostengünstigen, wettbewerbsfähigen und dauerhaften Versorgung mit Trinkwasser, * zukunftsorientierter Ausbau und Betrieb des Netzes. Der sog. steuerliche Querverbund bleibt hiervon unberührt.

4. Die bisherigen Überlegungen zu einer möglichen Umwandlung oder Übertragung des Abwasserbetriebes in eine private Rechtsform werden nicht weiterverfolgt. 5. Der Stadtrat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass seitens der Stadtverwaltung und der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH der „Wasser-Allianz Augsburg“ ein vom gegenseitigen Vertrauen getragener, rechtzeitiger und umfassender Informationsaustausch zugesagt wurde. Dies gilt insbesondere mit Blick auf wesentliche Geschäftsvorgänge bei der Wasser GmbH hinsichtlich der Qualität und des Schutzes des Trinkwassers. Die „Wasser-Allianz Augsburg“ erhält die jährlichen Geschäftsberichte der Wasser GmbH zur Einsicht. In diesen Berichten sind Aussagen getroffen zur Verwendung eventueller Gewinne sowie Erlöse aus der Geschäftstätigkeit.

6. In Übereinstimmung mit den Vertretern des Bürgerbegehrens „Wasserkreislauf in Bürgerhand“ wird festgestellt, dass sich damit das Bürgerbegehren erledigt hat (Art. 18a Abs. 14 Satz 1 GO).

Zugeständnisse mussten wir beim Verkauf von Trinkwasserschutzflächen machen. Allerdings sollen von den ursprünglich angedachten 300 ha nur mehr ca. 60 ha an die Stadtwerke GmbH verkauft werden. Wir konnten uns davon überzeugen, dass es sich dabei um nachrangige Flächen handelt, die nicht im engeren Trinkwasser-Schutzgebiet liegen. Eine Gefährdung des Trinkwasser-Schutzgebietes als solches ist dadurch ausgeschlossen.

Die WasserAllianz dankt allen Bürgerinnen und Bürgern für ihre Unterstützung!

Warum Konsens und kein Bürgerentscheid?

Nach der Feststellung der formalen Rechtmäßigkeit des Bürgerbegehrens wäre der nächste Schritt die Durchführung eines Bürgerentscheides gewesen. Nicht zuletzt wegen des deutlichen Votums von 20.000 Bürgerinnen und Bürgern kam jedoch die Stadtspitze in Verhandlungen den Zielen des Bürgerbegehrens weitgehend entgegen. So konnte letztendlich im Konsens mit der Stadt mehr erreicht werden als mit einem erfolgreichen Bürgerentscheid, dessen Durchführung immer auch rechtliche Risiken birgt. Ein weiteres wichtiges Argument für eine Konsenslösung und gegen den Weg des Bürgerentscheides war, dass dieser Konsens mit der Stadt Augsburg durch den einstimmigen Beschluss des Stadtrates getragen wird und damit zumindest in dieser Wahlperiode Bestand hat, während die rechtliche Absicherung eines erfolgreichen Bürgerentscheides lediglich für ein Jahr gewährleistet ist.

Anstelle des Verkaufs an die Stadtwerke wird nun die Stadtspitze zur Sanierung des städtischen Haushalts Eigenkapital des Abwasserbetriebes an die Stadt übertragen. Dies hat keinerlei Auswirkungen auf die Gebühren und wäre mit dem Bürgerbegehren auch nicht zu verhindern gewesen.

Die WasserAllianz als Interessenvertretung der Bürger

Ein nicht unwesentlicher Erfolg des Bürgerbegehrens ist die bereits erwähnte dauerhafte Etablierung der WasserAllianz als Interessenvertretung der Bürger. Wir werden unsere Augen und Ohren offen halten und die zukünftige Entwicklung unserer Wasserversorgung und Abwasserentsorgung genau beobachten, damit wir sofort reagieren und die Öffentlichkeit informieren können, falls sich wieder eine für die Bürgerinnen und Bürger negative Entwicklung anbahnt.

Nachdem durch das erfolgreiche Bürgerbegehren im kommunalen Bereich für die nächste Zeit keine Gefahren mehr drohen, werden wir unser Augenmerk auf die Entwicklung der EU-Gesetzgebung zur Liberalisierung der Daseinsvorsorge (GATS-Abkommen) und deren Auswirkungen auf unser Wasser richten.

www.wasser-allianz-augsburg.de

Bayer.Städtetag gegen 42-Stunden-Woche – Offener Brief an die CSU

Der Generalsekretär der CSU, Herr Dr. Markus Söder, hat in einem Offenen Brief am 7. April 2004 die Haltung des Vorsitzenden des Bayer. Städtetags, OB Josef Deimer, zur Kündigung der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst angegriffen. Herr Deimer reagierte tags darauf seinerseits mit einem Offenen Brief. Hier ein Auszug: „...Nochmals zum Thema Arbeitszeitverkürzung. Es widerspricht den Interessen der Städte und Gemeinden, den Tarifvertrag mit ver.di einseitig aufzukündigen. Schließlich sind Tarifpartner auch Verhandlungspartner und wir hatten vereinbart, bis Anfang 2005 zu Ergebnissen zu kommen. Gegenwärtig sind wir auf einem guten Wege, Kosteneinsparungen im Einvernehmen mit der Gewerkschaft zu erreichen, z. B. eine deutliche Reduzierung der bezahlten Überstunden, Veränderungen bei den familienbezogenen Bestandteilen der Gehälter oder die Einführung von Leistungsstufen anstatt von Dienstaltersstufen, und vor allen Dingen, eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, um nur einige der Verhandlungspunkte zu nennen. Dies alles ist jetzt wieder in Frage gestellt, weil mit der einseitigen Kündigung des Tarifvertrags durch die Länder zwangsläufig auf ver.di massiver Druck ausgeübt wird. Die Gewerkschaften werden es insgesamt schwieriger haben, bei solchen Pressionen ihren Mitgliedern nahe zu bringen, dass der BAT angepasst werden muss, auch um den Preis von Einschnitten für die einzelnen Arbeitnehmer.“

Im übrigen bringt – wie Sie doch selbst wissen – die Kündigung der Tarifverträge wegen der Nachwirkungsklausel keine Einsparungen. Neueinstellungen kann sich vielleicht der Freistaat, die Kommunen derzeit sicher nicht, leisten. Umgekehrt: Wir sparen Jahr für Jahr mindestens ein Prozent des Personals ein. Und selbst die Anhebung der Arbeitszeit für die Beamten hat im kommunalen Bereich keine praktischen Wirkungen. Die 15 Prozent der Beschäftigten, die bei uns Beamte sind, stehen in der Regel an den Schaltstellen der Kommunalverwaltungen und leisten ohnehin bereits Mehrarbeit über das normale Soll hinaus, so dass die Arbeitszeitverlängerung lediglich den Status quo bedeutet.

Für eine – gelinde gesagt – Unverschämtheit halte ich es, den Kommunen zu drohen, wenn sie nicht den Vorgaben aus der Staatskanzlei folgen, dann wird ihnen der Geldhahn zugedreht. Eine solche Pression ist weder rechtlich begründet, noch moralisch vertretbar. Die Kommunen sind eigenständige mit Selbstverwaltungsrechten ausgerüstete Gebietskörperschaften. Sie haben einen Anspruch auf eine angemessene finanzielle Ausstattung, um ihre Aufgaben ge-

genüber den Bürgern zu erfüllen. Dies aber von Wohlerhalten abhängig zu machen, halte ich für verwerflich. Im übrigen scheint es sich weder bei der Staatsregierung noch bei der Bundesregierung herum gesprochen zu haben, dass der Standort Deutschland bzw. der Standort Bayern auch davon abhängt, wie gut oder wie schlecht die Städte in diesem Land gerüstet sind. Bürger leben in Städten und Gemeinden, Betriebe siedeln sich in Städten und Gemeinden an. Wenn dort die Bedingungen schlechter werden, weil man die Kommunen wegen „Fehlverhaltens“ aushungern will, dann schadet man damit dem Land insgesamt. Vielleicht sollten Sie das auch als Landtagsabgeordneter verinnerlichen ... Zum Abschluss, sehr geehrter Herr Söder, darf ich Ihnen eines ins Stammbuch schreiben: Die Kommunen sind kein verlängerter Arm der Bayer. Staatsregierung und wir erwarten – und das sollten Sie mit transportieren – dass Sie als Partner und nicht als Befehlsempfänger behandelt werden.“

www.bay-staedtetag.de

25% Einkommensverlust im Nahverkehr? MÜNCHEN: Der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) Bayern hat die Bezirkstarifverträge für das Fahrpersonal in den kommunalen Verkehrsbetrieben in Bayern zum 30.6.2004 gekündigt. Ein Wegfall der in diesen Tarifverträgen geregelten Einkommensbestandteilen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen könnte für das Fahrpersonal je nach Dienstalter monatliche Einkommensverluste bis zu 25 Prozent bedeuten. ver.di verhandelt seit fast einem Jahr mit dem KAV über ein neues Tarifrecht für den kommunalen Nahverkehr. Die Arbeitgeber haben die Verhandlungen am 22. März 2004 abgebrochen, weil ver.di nicht bereit war, einem Abschmelzen der Löhne der Beschäftigten zuzustimmen. Jetzt hat sich der CSU-Abgeordnete Singhammer zu Wort gemeldet und empfohlen, für die U-Bahn-, Tram- und Busfahrer die 42-Stunden-Woche zu verhandeln. Daraufhin stellte ver.di klar: Eine 42-Stunden-Woche bei gleichem Verkehrsvolumen vernichtet Arbeitsplätze und bedeutet eine nicht zu verantwortende Belastung für das Fahrpersonal. Das wirke sich auf die Sicherheit im Straßenverkehr aus: „Aufgrund der wechselnden Fahrdienste sind die Fahrerinnen und Fahrer täglich längst mehr als die in der Regel üblichen maximalen acht Stunden Lenkzeit im Einsatz. Eine Arbeitszeitverlängerung würde eine nicht mehr verkraftbare Einschränkung der freien Erholungszeit bedeuten“, sagte ver.di-Verhandlungsführerin Siegi Kreuzer.

19.4.04 www.verdi-bayern.de

Zusammenstellung: baf

Auseinandersetzung um Krankenhaus geht weiter

UETERSEN. Nach öffentlichen Protesten der Bevölkerung, der politischen Gremien und Verwaltungen der Umlandgemeinden, sowie der Uetersener Ratsversammlung selber gegen die Schließung des örtlichen Krankenhauses versucht die Strategiegruppe von Landrat Grimme (CDU) nach Alternativkonzepten. Auf der Einwohnerversammlung, an der sich mehr als 150 Leute beteiligten präsentierte der Verwaltungschef des Elmshorner Krankenhauses, Sprenger (gleichzeitig auch Verwaltungschef von Uetersen), seinen „wirtschaftlich tragfähigen“ Vorschlag: Auf drei Säulen aufbauend, in der Uetersener Klinik künftig stationäre Altersmedizin, ambulante Operationen für niedergelassene Ärzte sowie eine Erstaufnahme von Patienten in innerer und chirurgischer Abteilung anzubieten, wäre sie „ausgelastet“. Warum man plötzlich anstatt von Schließung von „Auslastung“ spricht, wird das Geheimnis dieser Strategen bleiben. Möglicherweise handelt es sich aber auch nur um ein Konzept zur Abwicklung des Uetersener Krankenhauses, das allerdings unter dem Druck der Öffentlichkeit entstanden ist.

Ein weiterer Grund könnte in dem Vertrag liegen, den die Stadt Uetersen 1971 mit dem Kreis geschlossen hatte. Altbürgermeister Dudda (SPD): „Die Stadt hat damals ihr Krankenhaus, den Cäcilie-Bleeker-Stift, nicht an den Kreis Pinneberg verkauft. Lediglich die Trägerschaft der Klinik ist an den Kreis gegangen. Sollte der Vertrag gekündigt werden, fielen Grund, Boden und Gebäude an die Stadt wertneutral zurück. Der Kreis kann sich – nur aus wichtigem Grund – frühestens aber 2010 vom Uetersener Krankenhaus trennen.“

Landrat Grimme droht nun, notfalls müsse Uetersen sein Krankenhaus in Eigenregie weiterführen. Dies zeigt wie Verfahren die Lage ist. Denn nur der Verbund und nicht die Konkurrenz mit den anderen Kliniken im Kreis hat eine Zukunft. Die Einwohnerversammlung beschloss dennoch fast einstimmig, dass die Ratsversammlung darauf achten solle, dass der Vertrag von 1971 eingehalten wird. Zur Finanzierung solle die Kreisumlage

und in Uetersen die Grundsteuer erhöht werden. Der alte Sparkommissar des Kreises, Birke (SPD), und der neue, Hirsekorn (CDU), wehren sich allerdings vehement gegen eine Erhöhung der Kreisumlage von ein bis zwei Prozentpunkten. Uetersens Bürgermeister Wiech (parteilos) hatte dieses als erster ins Spiel gebracht. Seine Begründung: „Gesundheit ist eine Aufgabe des Gemeinwesens“. Mit der Erhöhung der Kreisumlage könnten alle vier Kliniken erhalten werden. Argumente und Reaktionen, die Gesundheit nicht als Ware verstehen, sind in der Auseinandersetzung eher rar. Der stellvertretende Chefarzt Klaus Eckhart auf die Frage, ob die Uetersener Klinik Unterstützung aus den drei anderen Häusern erfahre: „Nein, wir merken nichts von Solidarität. Es ist Konkurrenz. Wir haben das Gefühl, die wollen uns platt machen.“

Seiner Meinung wird es die zunehmende Vergreisung der Bevölkerung nicht erlauben, Betten in Krankenhäusern abzubauen. „Ansonsten sind wir auf dem Weg zu einer entmenschten Medizin.“

Auf der Seite des Widerstandes ist die angekündigte Großdemonstration auf Juni verschoben worden. Der Initiator, Heinz Kubik, nennt als Grund das im April nur über die künftige Rechtsform und Führungsstruktur der Kreiskliniken entschieden werde. Wenn der Kreistag dann im Juni beschließen sollte, dass es künftig im Uetersener Krankenhaus „keine Erstversorgung“ mehr geben sollte, würde es sofort losgehen. Kurz vor dieser Terminänderung hatte ihn der CDU-Kreisfraktionsvorsitzende Hirsekorn aufgesucht. Kubik musste auch zur Kenntnis nehmen, dass jetzt einige der 180 Beschäftigten „enttäuscht und völlig eingeschüchtert“ sind und „pure Existenzangst“ hätten. Kubik hatte sich aber auch nicht nur mit Hirsekorn, sondern auch mit den Aktiven der Interessengemeinschaft sozialer Wohnungsbau getroffen. Hier wurde eine Zusammenarbeit beschlossen unter dem Motto:

„Wir haben zwei Baustellen, aber ein Ziel: Den Sozialabbau im Kreis zu verhindern.“

Zum Widerstand gegen den Sozialabbau im Kreis wäre eine Kooperation untereinander wünschenswert. Denn nur bei einer genaueren Analyse und Schärfung der Argumente haben die „einzelnen“ Baustellen auch eine Chance nicht gleich beim ersten Hakenslagen durch die Kreispolitik abgehängt zu werden.

rua

BDI kritisiert geplanten Anlegerschutz. HB, Mi. 06.04.04. –

Der Bundesverband der Deutschen Industrie warnt vor Überregulierung beim Anlegerschutz. Gemeint ist die geplante Erleichterung von Schadensersatzklagen der Gesellschaft, die Anleger gegenüber Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern anstrengen können im „Referentenentwurf für ein Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrecht“ von Bundesjustizministerin B. Zypries. Danach sollen künftig 1% statt bisher 10 % des Grundkapitals oder Anteile im Börsenwert von 100 000 Euro statt bisher 1 Mill. Euro an der AG ausreichen, um Haftungsklagen gegen Vorstände oder Aufsichtsräte in die Wege zu leiten. „Wir sehen eine Tendenz zur Verrechtlichung unternehmerischer Entscheidungen, die dazu führen kann, dass wir künftig Probleme haben werden, fachlich qualifizierte Vorstände und Aufsichtsräte zu finden“, so K. Bräunig, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI.

Deutsche Wirtschaft beobachtet Wahl in Algerien gelassen. HB, Fr./Sa., 08./09.04.

„Algerien bleibt ein Wachstumsmarkt für den deutschen Mittelstand“, erwartet H. Meier-Ewert, Geschäftsführer des Afrika-Vereins. Das politische System habe sich stabilisiert. Die deutschen Unternehmen konnten ihre Exporte seit 1997 verdreifachen, auch wenn sie im Vorjahr um 20 % auf 690 Mill. Euro einbrachen.

DIHT fordert Sonderbehandlung der Erbschaftsbesteuerung bei Betrieben. –

Im Rahmen der Debatte um die Erhöhung der Erbschaftssteuer warnte DIHK-Erbschaftssteuerexperte A. Neeser vor höheren Steuern auf Betriebsvermögen. Es sei nicht zu rechtfertigen, dass allein deshalb Steuer fällig werde, weil ein Erbe den Betrieb seiner Eltern fortführe. Daher sei der Ansatz der Union zur „Sonderbehandlung“ von Betriebsvermögen richtig.

Kommunen erwarten Freistellung von der Ausbildungsplatzabgabe. – HB,

Fr./Sa., 16./17.04.04. Die komplette Freistellung von der geplanten Ausbildungsplatzabgabe erwartet der Chef des Städte- und Gemeindebundes, G. Landsberg. Angesichts eines Defizits von mehr als 10 Mrd. Euro sei ihnen die Abgabe nicht zumutbar. Daneben begründete er seine Ausnahmeforderung mit den Ausgaben der Kommunen für die Berufsschulen von mehr als 1 Mrd. Euro / Jahr. Zudem gäben sie 350 000 Sozialhilfeempfängern Arbeit, darunter „vielen Jugendlichen bis 25 Jahren“. Zudem hätten die meisten kommunalen Beschäftigten Berufe, die keinerlei betriebliche Ausbildung verlangten, etwa Erzieherinnen. Eine Ausbildung von Verwaltungsangestellten über den Bedarf mache hingegen keinen Sinn, weil sie auf dem freien Markt keinen Job fänden. *Presseauswertung: rst*



Petition zur Unterzeichnung der UN-WanderarbeiterInnen-Konvention

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie in Köln hat eine Petition eingeleitet, die bis 2. Dezember an den deutschen Bundestag eingereicht werden soll und die Unterstützung verdient. Hier die Erläuterungen und der Inhalt der Petition.

Wir fordern den Petitionsausschuss auf, auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages hinzuwirken, der die Bundesregierung dazu verpflichten soll, die „Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ zu unterzeichnen. Alle nationalen Gesetzesbestimmungen sind nichtig, die einer Verwirklichung dieser Rechte entgegenstehen. Wir ersuchen den Petitionsausschuss mit dem Petition dieser Petition, zum einen in Richtung Bundestag und Bundesregierung aktiv zu werden. Zum anderen sollte der Petitionsausschuss uns, den Petenten und den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen migrationspolitisch aktiven Gruppen, die Chance einer der Sache angemessenen Anhörung geben. Abhilfe kann diesem Petition nur geschaffen werden, wenn der Petitionsausschuss sein Mandat entsprechend des in ihm liegenden menschenrechtspolitischen Gewichts begreift. Gelänge eine öffentlich unterstützende Diskussion, gelänge es dem Petitionsausschuss, die Sache der WanderarbeiterInnen menschenrechtlich zu der seinen zu machen, leistete er den im Grundgesetz enthaltenen Menschenrechten einen großen Dienst.

Begründung

Wider den phrasenhaften Gebrauch der Menschenrechte – oder warum die Bundesrepublik Deutschland die „Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ nicht ratifiziert

I. Die Berufung auf die Menschenrechte gehört zur ständigen Rhetorik etablierter Politik. Selbst Angriffskriege, wie in Jugoslawien und Irak, werden mit der vorgeblichen Notwendigkeit legitimiert, den Menschenrechten gewaltsam Geltung zu verschaffen. PolitikerInnen aller Parteien, aller Länder, und auch Diktatorenregime bedienen sich der Menschenrechte. Sie verhunzen sie zur Phrase. Deshalb kommt es umso dringender darauf an, die vielen alltäglichen Verletzungen der Menschenrechte in unserem direkten Lebensumfeld zu skandalisieren. Die strukturellen Bedingungen sind

aufzuzeigen, die der Verwirklichung der Menschenrechte entgegenstehen. Alles Menschenmögliche ist zu tun, um die Menschenrechte im politisch Großen wie im alltäglich Kleinen zu verwirklichen. Mit der Praxis der Menschenrechte ist es in der Bundesrepublik Deutschland nicht immer zum Besten bestellt – die Menschenrechte werden insbesondere dann aufgeweicht und missachtet, wenn es um die Rechte von Menschen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit bzw. von Menschen geht, die zwar in Deutschland leben und arbeiten, jedoch nicht die erforderliche behördliche Erlaubnis hierfür besitzen. Die Geltung der immer konkreten Menschenrechte von den jeweiligen Interessen des politischen Tagesgeschäfts oder der wirtschaftlichen Konjunktur abhängig zu machen, bedeutet, sie preiszugeben. Den Kern der Menschenrechte macht es aus, dass sie für jedermann und jedefrau, zu jeder Zeit und an jedem Ort der Welt gelten sollen. Es ist üblich geworden, Menschen, die ohne behördliche Erlaubnis in Deutschland leben, so genannte Illegale, nur in einer kriminalisierenden Sichtweise wahrzunehmen. Sie werden als Bedrohung und Gesetzesbrecher oder als bloße „Opfer“ krimineller „Schlepperbanden“ angesehen. Diesen Menschen wird allerdings trotz des heuchlerisch zuerkannten Opferstatus nichts anderes als Ausweisung und Abschiebung zugedacht. Die übergroße Mehrheit dieser Menschen ohne ein Aufenthaltsrecht und damit ohne bürgerliche Rechte will ein „normales“ Leben in Deutschland führen. Unter den gegebenen Bedingungen müssen sie jedoch beinahe unvermeidlich gegen ausländerrechtliche Bestimmungen verstoßen. Denn das Ausländerrecht ist ein Sonderrecht, gegen das nur „Ausländer“ verstoßen können. Darum ist es rechtsstaatlich im menschenrechtlichen Sinne, also im Sinne der Norm des Grundgesetzes, Unrecht.

II. Gegen diese Sicht und Praxis, die Menschen zu Objekten macht und diskriminiert, wendet sich die „Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und deren Familienangehörigen“ (im Folgenden: UN-WanderarbeiterInnen-Konvention, UN-Konvention genannt). WanderarbeiterInnen sind nach der UN-Konvention all diejenigen, „die in einem Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht haben, eine Tätigkeit gegen Entgelt ausüben werden, ausüben oder ausgeübt haben“. Diese Frauen und Männer stechen Spargel und ernten Tomaten, reinigen Privat-

wohnungen und öffentliche Gebäude, pflegen alte und kranke Menschen und ziehen Kinder auf oder übernehmen kurzfristige betriebliche Aufgaben. Die UN-Konvention macht auf die häufig verdrängte Tatsache aufmerksam, dass es sich bei WanderarbeiterInnen um Menschen handelt, mit denen zuallererst menschenwürdig umgegangen werden muss – ob diese nun mit oder ohne behördliche Erlaubnis im Land leben. Illegal sind nicht die Menschen, illegal ist eine staatliche Praxis, die Menschen als „Illegale“ abstempelt und ausschließt. Im Gegensatz dazu nimmt die UN-Konvention diese diskriminierten Personen als denkende und fühlende menschliche Wesen und Rechtssubjekte ernst. Sie fordert, die grundlegenden Rechte dieser Menschen zu sichern. Diese Sicherung darf nicht unter Berufung auf eine nationalstaatliche Sondergesetzgebung versagt werden. Anders formuliert: Diese Menschen haben, wie alle anderen auch, einen Anspruch darauf, dass ihre fundamentalen Rechte an jedem Ort der Welt respektiert werden – unabhängig davon, ob sie die Visabestimmungen eines Landes oder deren Aufenthalts- und Arbeitsregelungen eingehalten haben oder nicht. Die UN-WanderarbeiterInnen-Konvention sichert WanderarbeiterInnen – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status – die Geltung politischer, persönlicher und sozialer Menschenrechte zu (das Recht auf Freiheit, auf Familieneinheit, auf Bildung, auf körperliche Unversehrtheit und medizinische Behandlung, auf gleiche Bezahlung, rechtsstaatliche Verfahrensweisen etc.). Werden diese Rechte verletzt, können sie eingeklagt werden.

III. Die Entwicklung und Verabschiedung der UN-Konvention hat viel Zeit und Mühen in Anspruch genommen. Sie geht auf einen Beschluss der UN-Generalversammlung aus dem Jahr 1979 zurück. In der Bundesrepublik ist sie weitgehend unbekannt, obwohl sie seit dem 1.7.2003 in Kraft getreten ist, nachdem mehr als 20 Staaten sie ratifiziert haben. Zu den Unterzeichnerstaaten gehört keine der reichen Industrienationen der Welt, kein Mitgliedsland der EU – auch nicht die BRD –, obwohl, oder gerade weil die Industriestaaten die Profiteure des globalisierten Wirtschaftssystems sind. Die „Früchte der Globalisierung“ werden nationalstaatlich und privat höchst ungleich angeeignet und verteilt. Auch die irreguläre Beschäftigung von Nicht-Staatsangehörigen vermehrt die ungleiche Verteilung des Profits. Obwohl also

die reichen Industrienationen die wirtschaftliche Not und deren Ausbeutung bewirken, verweigern sie die durch die UN-Konvention erneut kodifizierten, fundamentalen Menschenrechte in ihren Ländern aus monetärem Kalkül. Das, was die 2003 in Kraft getretene Konvention der UN speziell auf Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter bezogen normiert, ist bereits im Kern in der auch von der BRD unterzeichneten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 enthalten. Dem Grundgesetz gemäß (vgl. Art. 1, insbesondere Abs. 2 + 3 GG) müsste sie in der BRD „unmittelbar“, gerade auch für Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, gelten. Eingedenk der jüngeren deutschen Geschichte darf man Menschen nicht als „Illegale“ stigmatisieren, sie ausstoßen und ihnen dann ihr Menschenrecht verweigern. Während sich die UN-Konvention der besonderen Probleme von ca. 150 Mio. WanderarbeiterInnen weltweit annimmt, weigern sich die kapital- und militärmächtigen Industrienationen, die Bedürfnisse dieser Menschen wahrzunehmen und sie sozial abzusichern. Es bleibt skandalös und grundrechtswidrig, dass deutsche Gesetze, insbesondere das Ausländergesetz, wichtigen Bestimmungen der UN-WanderarbeiterInnen-Konvention entgegenstehen. Die deutsche Regierung hat sogar erklärt, dass sie die UN-Konvention auch in Zukunft nicht unterzeichnen wolle – entgegen anders lautenden Empfehlungen des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages und teilweise auch entgegen den Vorschlägen der regierungskonformen ExpertInnen-Kommission zum Einwanderungsrecht („Süssmuth-Kommission“).

IV. Die Begründung der rot-grünen Regierung lautet, dass der Schutz der Menschenrechte von WanderarbeiterInnen, wie er mit der UN-Konvention angestrebt wird, einen „Anreiz“ darstellen könne, ohne eine Erlaubnis in Deutschland zu leben und zu arbeiten. Dabei tastet die UN-Konvention das Recht der Nationalstaaten, über den Zugang bzw. den Aufenthalt in ihren Territorien zu bestimmen, ausdrücklich nicht an! Dennoch beharrt die Konvention darauf, dass die Staaten mit den Menschen, die sich auf ihrem Territorium befinden, menschenwürdig umgehen, ihre fundamentalen Rechte respektieren und sicherstellen müssen. Die praktischen Auswirkungen im Falle einer Unterzeichnung der UN-Konvention dürfen nicht überschätzt werden. Viele Rechte stehen aufgrund „weicher“ Formulierungen und unbestimmter Rechtsbegriffe unter dem Vorbehalt einer einengenden Rechtsauslegung. Eine große Gruppe von Menschen – de-facto-Flüchtlinge, Asyl Suchende, Menschen ohne irreguläre oder reguläre Arbeit usw. – kann sich auf die Wander-



arbeiterInnen-Konvention nicht berufen. Ebenso enthält die Konvention keine Empfehlung zur „Legalisierung“ langjährig im Lande lebender Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis. Wir halten dies für unzureichend. Dennoch: Die BRD müsste wenigstens den Schritt tun, die UN-Konvention zu unterzeichnen und ihre Bestimmungen auszuführen. Da die Bundesregierung hierzu bislang nicht bereit ist, wollen wir mit dieser Petition eine öffentliche und parlamentarische Debatte über die UN-WanderarbeiterInnen-Konvention in Gang setzen. An der Art, wie mit Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern verfahren wird, kann man überdeutlich erkennen, ob die BRD anderes vermag, als Mahnmale ohne praktische Folgen aufzustellen. Der Umgang mit den WanderarbeiterInnen belegt erneut, dass struktureller Rassismus, der zwar auch regierungsamtlich bedauert und punktuell bekämpft wird, tatsächlich durch entsprechende Stigmatisierungen, z.B. als „Illegale“, Gesetze und polizeiliche Maßnahmen mit erzeugt wird.

Im Umgang mit illegalisierten, weitgehend rechtlosen Menschen im eigenen Land, hat sich die Bundesrepublik Deutschland im weltweiten Vergleich stets als besonders unbarmherzig und unnachgiebig erwiesen. Während es in vielen Ländern, auch innerhalb der EU, üblich und selbstverständlich ist, langjährig im Land lebenden und arbeitenden Menschen einen Daueraufenthalt – etwa im Rahmen von Legalisierungsinitiativen – zu gewähren, erscheint dies der herrschenden Politik und ihren Vertretern in Deutschland unvorstellbar („kriminelles Verhalten“ soll nicht belohnt werden, lautet zumeist die zynische Be-

gründung). Diese Unfähigkeit zu humanem Verhalten und die mangelnde Verwirklichung unteilbarer fundamentaler Menschenrechte nehmen wir nicht hin!

Um sich über den Inhalt und die Grenzen der UN-WanderarbeiterInnen-Konvention ein erstes Bild machen zu können, gehen wir nachfolgend auf einige ihrer konkreten Bestimmungen ein, denen gemäß deutsche Rechtsnormen bzw. Praktiken geändert werden müssten:

- Wegen Verstoßes gegen ausländerrechtliche Vorschriften Inhaftierte sollen möglichst getrennt von Verurteilten oder Untersuchungshäftlingen untergebracht werden; während der Haft sollen Besuchsrechte durch Familienangehörige wie bei InländerInnen gelten; Kosten aus dieser Haft dürfen nicht entstehen; bei der Festsetzung einer Strafe sollen humanitäre Erwägungen (etwa im Zusammenhang mit dem ungeregelten Status), bei Ausweisungsentscheidungen soll die Dauer des bisherigen Aufenthalts begünstigend berücksichtigt werden;
- Festnahmegründe, Behörden- und Gerichtsbescheide usw. sind in einer verständlichen Sprache mitzuteilen, Betroffene sollen über ihre Rechte unterrichtet werden; im Falle einer Ausweisung ist den Betroffenen angemessen Gelegenheit zu geben, sich alle Lohnansprüche oder sonstigen Ansprüche abgelden zu lassen und offene Verpflichtungen zu regeln; Ausweisungskosten (bis auf die Reisekosten) sind nicht zu tragen; aus dem Land Gewiesene / Abgeschobene haben das Recht, persönliche Ersparnisse und Gegenstände mitzunehmen;
- auch für irreguläre ArbeiterInnen sind die allgemein geltenden Arbeitsbedingungen und -rechte sicherzustellen; sie haben ein Recht auf ärztliche Versorgung und sind in medizinischer Hinsicht mit InländerInnen gleich zu behandeln; alle Neugeborenen haben ein Recht auf einen Namen und Registrierung; der Zugang von Kindern zu Bildungseinrichtungen und Schulen darf wegen des nicht regulierten Status der Eltern nicht versagt werden.

Darüber hinaus enthält die Konvention Rechte für WanderarbeiterInnen mit geregelter Status, die z.T. weit über die jetzige deutsche Rechtslage hinaus gehen:

- WanderarbeiterInnen mit geregelter Status sollen das aktive und passive Wahlrecht erhalten;
- in Bildungs-, Arbeits-, Wohn-, Sozial-, Kultur- und Gesundheitsfragen soll es eine Gleichbehandlung der WanderarbeiterInnen und ihrer Familienangehörigen mit InländerInnen geben;
- die Familieneinheit soll gewahrt, die Familienzusammenführung erleichtert werden (bei Ehegatten und minderjährigen Kindern; andere Familienangehörige

sollen „wohlwollend“ mit einbezogen werden); die schulische Integration der Kinder und der Spracherwerb sollen gefördert werden;

- Arbeitslosigkeit darf nicht automatisch zum Verlust der Aufenthaltserlaubnis führen (zumindest nicht, solange ein Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit besteht); Familienangehörige mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht sollen einen ungehinderten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten;

Die Konventionsstaaten sollen sich außerdem untereinander konsultieren und zusammenarbeiten, um „vernünftige, gerechte und humane Bedingungen im Zusammenhang mit der internationalen Wanderung [...] zu fördern. In diesem Zusammenhang sind nicht nur der Arbeitskräftebedarf und die verfügbaren Arbeitskraftreserven, sondern auch die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Bedürfnisse der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen sowie die Folgen dieser Wanderung für die betreffenden Gemeinschaften gebüh-

rend zu berücksichtigen“ (Artikel 64). Eine wirksame Individual-Beschwerde ist zu ermöglichen; ein internationales Schiedsverfahren bei unterschiedlicher Auslegung des Abkommens ist vorgesehen.

Die Konvention sieht allerdings auch eine Zusammenarbeit der Unterzeichnerstaaten bei der Verhinderung illegaler Wanderung und Beschäftigung vor – die Rechte der WanderarbeiterInnen (gegenüber Arbeitgebern) dürfen hierdurch jedoch nicht beeinträchtigt werden. Im Falle einer Regularisierung des Status von irregulären ArbeiterInnen sollen Dauer des Aufenthalts, familiäre Bindungen etc. angemessen berücksichtigt werden.

Der Konventionstext umfasst ca. 20 Seiten und kann gegen 1,44 Portokosten beim Sekretariat des Komitees für Grundrechte und Demokratie angefordert werden. Er ist außerdem einsehbar im Internet unter: www.december18.net/web/general/g-conventie.pdf

Die Unterschriftenliste kann als pdf-Datei heruntergeladen werden bei: www.friedensratschlag.de

Die dunkle Seite des Computer-geschäfts

Über Computer, die schöne neue Welt des Internets und der High-Tech-Industrie, hat es in den vergangenen Jahren all-erhand Theorien und Berichte gegeben. Neue Technologien und Industrien fesseln viele Menschen und bewegen ihre Phantasie. In den Sozialwissenschaften zum Beispiel gab es vor gar nicht langer Zeit ernsthafte Leute, die über Theorien vom „Informationsarbeiter“ als dem neuen, kommenden Typus von Beschäftigung nachdachten und dabei unter anderem auf flache Hierarchien und mehr Selbstbestimmung bei der Arbeit hofften. Wer hofft darauf nicht?

Aber damit der Informationsarbeiter zum Informationsarbeiter werden kann, braucht er neben vielem anderen auch sein Werkzeug. Wie kommt er dazu? So wenig wie der Strom aus der Steckdose kommt, kommen PCs aus dem Laden um die Ecke. Wie also werden PCs, Drucker,

An den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages

Wir fordern den Petitionsausschuss auf, auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages hinzuwirken, der die Bundesregierung dazu verpflichten soll, die „Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ zu unterzeichnen. Alle nationalen Gesetzesbestimmungen sind wichtig, die einer Verwirklichung dieser Rechte entgegenstehen. Wir ersuchen den Petitionsausschuss mit dem Petition dieser Petition, zum einen in Richtung Bundestag und Bundesregierung aktiv zu werden. Zum anderen sollte der Petitionsausschuss uns, den Petenten und den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen migrationspolitisch aktiven Gruppen, die Chance einer der Sache angemessenen Anhörung geben. Abhilfe kann diesem Petition nur geschaffen werden, wenn der Petitionsausschuss sein Mandat entsprechend des in ihm liegenden menschenrechtspolitischen Gewichts begreift. Gelänge eine öffentlich unterstützende Diskussion, gelänge es dem Petitionsausschuss die Sache der WanderarbeiterInnen menschenrechtlich zu der seinen zu machen, leistete er den im Grundgesetz enthaltenen Menschenrechten einen großen Dienst.

Ich unterstütze die Petition:

Name, Vorname	Anschrift: Straße, PLZ, Ort	Unterschrift

Unterschriftenlisten bitte bis zum 2. Dezember 2004 einsenden an:

Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7 -11, 50670 Köln.

Spendenkonto: Volksbank Odenwald, 64734 Beerfelden, Konto 8024618, BLZ 50863513

V.i.S.d.P.: Thomas Hohlfeld / Dirk Vogelskamp, Köln
Köln, im März 2004. Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Aquinostr. 7-11, 50670 Köln Telefon 0221 / 972 69-20 oder -30 Telefax 0221 / 972 69-31 email: info@grundrechtekomitee.de

Kernarbeitsnormen und Verhaltenskodizes

Seit der Einrichtung der ILO wird durch internationale Vereinbarungen versucht, soziale Mindeststandards für die Arbeitswelt als Teil allgemeiner Menschenrechte gegen ökonomische Effizienzgesichtspunkte durchzusetzen. Bei den „Kernarbeitsnormen“ (siehe Kasten) geht es um die Beseitigung der schärfsten Formen der Ausbeutung. In neuerer Zeit haben sich neben den ILO-Kernarbeitsnormen und meist mit Bezug auf sie drei Instrumente herausgebildet, mit denen ebenfalls ein Mindeststandard an Arbeiterrechten gesichert werden sollen: Sozialklauseln in internationalen Handelsverträgen, Verhaltenskodizes für transnationale Unternehmen und soziale Gütesiegel.

Seit den 90er Jahren boomen sogenannte Codes of Conduct / Verhaltenskodexe vor allem in der Konsumgüterindustrie und im Einzelhandel, aber mehr und mehr auch in anderen Sektoren. Die ILO (1998), der Internationale Bund freier Gewerkschaften (ICFTU – 1997), die UN (1999), die OECD (2000) oder der IMB (2001) haben Musterkodexe oder Richtlinien für solche Vereinbarungen beschlossen.* Die Weltbank hat kürzlich die ILO-Kernarbeitsnormen in ihre Geschäftsregeln aufgenommen, und auch

Treiber, Bildschirme, Tastaturen usw. hergestellt?

Dieser Frage geht eine verdienstvolle Studie nach, die kürzlich von der katholischen Organisation CAFOD (gehört zu Caritas International) ins Internet gestellt wurde. Sie erlaubt einen Blick sozusagen auf die Vorstufe des Informationsarbeiters, die Produktion der Hardware. Und dieser Blick enthüllt eine internationale Hierarchie von Arbeit, von Produktionsketten, die erheblich anders aussieht, als manche Leute vermuten, die sich die Welt vom sonnigen Ende der Stufenleiter aus ansehen.

Die Studie, bisher leider nur in Englisch erhältlich, beschreibt nicht nur die oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen bei der Fertigung dieser modernen Geräte. Sie enthält auch eine Reihe von interessanten und überraschenden Daten über die wirtschaftliche Bedeutung dieser modernen Industriebranche – nicht nur in den Ländern des Nordens, sondern vor allem auch in Ländern des sogenannten „Südens“, d.h. der wirtschaftlich (noch) weniger entwickelten Welt.

„Reinige deinen Computer (oder: Saubere Computer) – Arbeitsbedingungen in der Elektronikindustrie“ lautet der Titel des 40 Seiten umfassenden Berichts. Entstanden ist er aus Presserecherchen, vor allem aber durch Befragungen von Beschäftigten in dieser Branche – Beschäftigten in Mexiko, in China, Thailand und anderen Ländern.

„Viele Stufen der Produktion von Computern werden von niedrig qualifizierten, niedrig bezahlten Arbeitskräften ausgeführt – die meisten davon Frauen – in Entwicklungsländern“, heißt es gleich zu Beginn. Die Befragungen von Beschäftigten im mexikanischen Guadalajara etwa, einem der Produktionszentren der weltweiten Elektronikindustrie, hätten ergeben: Die Beschäftigten dort werden meist nicht von den großen Computerfirmen direkt eingestellt, sondern über örtliche Personalagenturen. Diese rekrutieren die Arbeitskräfte und leihen sie dann an die Zuliefererfirmen aus. Schon bei der Einstellung wurden diskriminierende und entwürdigende Behandlungen und Befragungen berichtet. Nach ihrer Einstellung seien die Beschäftigten ständig in Angst, ihren Job zu verlieren. Die meisten haben Drei-Monats-Verträge, die, wenn die Aufträge da sind, verlängert werden, sonst eben nicht. Wer schwanger oder krank wird, verliert seinen Job sofort. Ständige Überstunden, wenn die Aufträge erfüllt werden müssen, sind die Regel.

In China befragte CAFOD Beschäftigte der Elektronikindustrie im Mündungsgebiet des Perlfusses, nahe Hongkong. Dort in Dongguan, einem der Zentren der Elektronikindustrie in China, verdienen viele der Beschäftigten umgerechnet nur etwa 37 US-Dollar im Monat. Den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 54 Dollar erreichen sie

nur durch exzessive Überstunden. Arbeitszeiten bis zu 15 und 16 Stunden täglich sind deshalb verbreitet.

CAFOD macht für diese Arbeitsbedingungen vor allem die großen PC-Konzerne verantwortlich, also Konzerne wie Dell, Hewlett Packard und IBM, die zusammen im ersten Quartal 2003 fast 40 Prozent aller weltweit verkauften PCs unter ihrem Namen absetzten und durch ihre Preis- und Kostenvorgaben, die sie an die vielen Zulieferer- und Komponenten-Firmen der von ihnen gesteuerten globalen Produktionsketten weitergeben, solche extremen Arbeitsbedingungen und Niedrigstlöhne am unteren Ende der Kette faktisch erzwingen.

Woher kommen PCs? Vor allem aus der Dritten Welt

Doch zunächst zum wirtschaftlichen Umfang des Computergeschäfts. Weltweit wurden 2002/2003 laut CAFOD insgesamt 138 Millionen Computer hergestellt und verkauft. Davon entfielen im ersten Quartal 2003 ca. 40 Prozent auf die drei größten Firmen Dell, Hewlett Packard und IBM. Weitere 4,8 Prozent Marktanteil erreichte Fujitsu Siemens, 3,7 Prozent Toshiba. Fast 53 Prozent aller weltweit verkauften Computer wurden von anderen Firmen hergestellt bzw. verkauft.

Der Bericht skizziert einige wirtschaftliche Besonderheiten der Branche. Zum Beispiel die über die Jahre extrem

die Aufnahme der ILO-Normen in das WTO-Regelwerk wird diskutiert.

Allein: die Durchsetzung/Umsetzung solcher Standards hinkt den Ansprüchen meilenweit hinterher. Die Beschäftigten aus den Ländern und Betrieben, denen diese Kodizes zugute kommen sollen, wissen in der Regel nichts davon. Sie leisten weiterhin horrende Überstunden, erhalten Löhne unter der Existenzgrundlage und arbeiten unter extrem ungesunden Bedingungen. Versuche der Beschäftigten, diese Zustände selbst zu verän-

dern, werden nach wie vor zumeist mit Entlassung oder Verhaftung bestraft.

Zwei Untersuchungen zeigen deutlich, wo Probleme mit den verschiedenen Formen von Verhaltenskodizes liegen. Im Jahr 1998 untersuchte die IAO eine Gesamtzahl von 215 Kodizes. Davon beinhalteten:

- 66% das Verbot der Diskriminierung
- 45% das Verbot von Kinderarbeit
- 25% das Verbot von Zwangsarbeit
- 15% das Recht auf Organisationsfreiheit

- 40% die Zahlung von Mindestlöhnen
- 75% die Gewährleistung eines Arbeits- und Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz

(ILO: Overview of global developments, Brussels 1994)

Eine weitere Studie wurde 2000 von der OECD durchgeführt. Von insgesamt 148 Kodizes enthielten 41% Verpflichtungen für Subunternehmen und andere Geschäftspartner; 30% enthielten das Recht auf gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit; lediglich 13% beinhalteten einen Verweis auf IAO-Konventionen. (OECD: Codes of corporate conduct: an expanded review of their contents, Paris 2000)

Gleichwohl könnte die Durchsetzung der Kernarbeitsnormen in den transnationalen Konzernen, deren interner Warenverkehr heute allein etwa ein Drittel des Welthandels abdeckt, einiges bewirken. Als unabdingbar sieht der ILO-Musterkodex hierfür folgende Punkte an:

- die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen
- den weltweiten Geltungsbereich der Vereinbarungen
- die Unterrichtung der betroffenen Arbeitnehmer
- die Überwachung und Verifizierung durch Unternehmensleitung und Arbeitnehmervertreter

Bisherige Erfahrungen weisen jedoch auf

ILO-Kernarbeitsnormen

Koalitionsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen:

- Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und des Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948 – von 137 Ländern (nicht von Brasilien, China, Indien und den USA) ratifiziert
- Nr. 98 über Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen, 1949 – von 149 Ländern ratifiziert

Abschaffung aller Formen von Zwangsarbeit

- Nr. 29 über Zwangsarbeit, 1930 – von 158 Ländern ratifiziert
- Nr. 105 über die Abschaffung der

Zwangsarbeit, 1957 von 156 Ländern ratifiziert

Tatsächliche Abschaffung der Kinderarbeit

- Nr. 138 über das Mindestalter, 1973 – von 111 Ländern ratifiziert
- Nr. 182 über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999 – von 87 Ländern ratifiziert

Abschaffung der Diskriminierung am Arbeitsplatz

- Nr. 100 über die Gleichheit des Entgeltes, 1951 – von 153 Ländern ratifiziert
- Nr. 111 über Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958 – von 151 Ländern ratifiziert

gefallenen Preise, die ständige massive technologische Umwälzung (Verdoppelung der Chip-Kapazität etwa alle 18 bis 24 Monate, Steigerung der Kapazität zur Verarbeitung von Daten in einem Jahrzehnt auf das Hundertfache). CAFOD zitiert dann einen der Gründer des Intel-Konzerns mit der Aussage: „Keine Gewerkschaften in der Firma zu haben, ist essentiell für das Überleben unserer meisten Firmen“. Das Zitat dürfte typisch sein für die Gewerkschaftsfeindlichkeit der Branche.

Bis etwa 1990 seien die Computer und zugehörige Teile im Großen und Ganzen in den Konzernfirmen selbst produziert worden. Danach habe eine bis heute anhaltende Welle von „Outsourcing“, also Ausgliederung von Teilproduktionen bis hin zur Gesamtfertigung und deren Vergabe an andere, fremde Firmen begonnen. Für 2004 wird weltweit ein Anteil von solchen Zuliefererfirmen am fertigen Endprodukt in der PC-Branche von durchschnittlich 73 Prozent geschätzt. Neben der Automobilindustrie dürfte die Elektronikindustrie zu den Branchen gehören, die weltweit die umfangreichsten Produktionsketten und den höchsten Anteil von Zulieferern am Endprodukt aufweist.

Die Elektronikbranche sei Vorreiter der Globalisierung und heute die weltweit am meisten „globalisierte Branche“, meint CAFOD. Mehr als ein Drittel aller Elektronikexporte stamme heute aus

Entwicklungsländern. Laut UNCTAD sei der Anteil der Dritten Welt am Weltexport von Elektronikprodukten von 5,3 Prozent im Jahr 1980 auf 22 Prozent in 1998 gestiegen. Im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorstellungen seien heute nicht Rohstoffe oder Agrarprodukte, sondern Elektronikexporte größte Devisenbringer der Entwicklungsländer. Alle Elektronikexporte der Länder der Dritten Welt beliefen sich im Jahr 2000 auf 450 Milliarden Dollar. Das waren mehr als alle Agrarexporte dieser Länder und fast drei Mal so viel wie ihre Textilexporte.

Begonnen haben diese Verlagerungen bereits in den 80er Jahren, als japanische Firmen ihre Fertigungen wegen der lockenden Niedriglöhne nach Singapur und Taiwan verlagerten. US-Firmen hätten sich dem sehr schnell angeschlossen, auch nach Mexiko. Seit Anfang der 90er Jahre verlagerten japanische, US-Firmen, Firmen aus Taiwan und Singapur dann ihre Fertigung in einer weiteren Auslagerungswelle nach Malaysia, Thailand und auf die Philippinen. Heute sei China das Wunderland der Branche.

Ein paar Daten zur Bedeutung: Elektronikprodukte und -teile machen heute 53% aller Exporte Malaysias aus. Südkorea, das 1960 noch vor allem Textilien, Bambus und Haarprodukte exportierte, exportierte in 2001 vor allem Elektronik jeder Art. Costa Ricas Hauptexportprodukt sind heute nicht mehr Ba-

nanen und Kaffee, sondern Computer und Computerteile, zusammen 35% des Exports. Elektronische Ausrüstungen machen 13% aller Exporte Indonesiens aus, 26% der Exporte von Thailand und 63% der von den Philippinen. Ihr Anteil an den Exporten Taiwans liegt bei 20%, für Singapur bei 50%. Auch Mexikos Hauptexportprodukt ist heute mehr das Öl, sondern elektronische Ausrüstungen und Computer(teile).

Die Studie skizziert mehrere große Zulieferer der Branche, deren Namen unter Konsumenten eher unbekannt sind, die aber enorme Bedeutung für die großen Markenfirmen im PC-Geschäft haben: Solectron, Flextronics, Samina-SCI, Celestica. Flextronic entstand 1980 und ist heute mit einem Jahresumsatz von 13,2 Milliarden Dollar (2002) der zweitgrößte Zulieferer der Branche. Firmensitz ist Singapur, das Management sitzt in San Jose in Kalifornien. Der Konzern hat Werke in Brasilien, China, Ungarn und Mexiko. Stundenlöhne: von 0,70 Dollar die Stunde in China bis 4,50 Dollar in Brasilien. Allein 15 Fabriken liegen in China, sie exportierten im Jahr 2000 Teile im Wert von einer halben Milliarde Dollar. Die Zahl der Beschäftigten stieg in China in den letzten fünf Jahren von 500 auf 28.000.

Arbeitsbedingungen und Unternehmenskodexe

Der Abschnitt zu den Arbeitsbedingun-

weitere Problembereiche hin. Eine unabhängige Überprüfung ist bisher völlig unterentwickelt. „Nur 163 der insgesamt 246 Verhaltenskodizes beinhalten ein Monitoring. 137 Kodizes sehen ausdrücklich eine interne Überwachung vor, während lediglich 26 eine externe Überwachung vorsehen.“ (2 / S. 23)

Die direkte Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer Vertretungen ist selten geglückt. Oft werden in europäischen Hauptstädten Vereinbarungen getroffen, die hier als Etikett „sweatshop-free“ an die Artikel geheftet werden, aber kaum den Weg in die Fabriken finden. Hier müsste mindestens das Aushängen der Vereinbarungen in den jeweils im Betrieb gesprochenen Sprachen gewährleistet werden.

Ebenso sind die Frage der Reklamation und der Durchsetzung der verbrieften Rechte völlig unklar. Sie hängen mit der Frage der Überwachung zusammen. „Klagen und Einsprüche müssen an eine unabhängige Körperschaft gerichtet und von dieser bearbeitet werden. Es muss vertrauliche und effektive Möglichkeiten für Beschäftigte und Interessengruppen geben, Klagen anzumelden.“ (2)

Insbesondere die Anwendung der Kodizes auf die gesamte Zulieferkette könnte viel bewirken, ist jedoch schwer umsetzbar. Hier tauchen zwei Problemkreise auf. Zum einen die Vorbehalte in Drittweltländern selbst, die weitere Handels-

restriktionen fürchten, und im Zusammenhang damit das wichtige Problem der Umsetzung und Überwachung der Vereinbarungen.

Es tauchen die praktischen Fragen auf, wie in den nationalstaatlichen Rahmen der einzelnen Länder die Beschäftigten ihre Interessen organisieren können (oft fehlt schon die politisch/gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit), wie sie auf das nationalstaatliche Regelwerk Einfluss nehmen, die öffentliche Meinung beeinflussen können. Wie kann ein halbwegs verlässlicher Nachrichtenfluss in die Zentren organisiert werden, in denen die Vereinbarungen unterzeichnet werden? Hierfür die materiellen Ressourcen zu organisieren wäre auch Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbünde oder einer Organisation wie der IG Metall, die bisher eher auf ein stark zentralistisches Konzept setzt, wenn sie in ihrer entsprechenden Broschüre schreibt: „Ein Arbeitskreis unter Federführung des Funktionsbereiches der IG Metall Internationales / Europa, ... lenkt und initiiert die Arbeiten betreffend Vereinbarung und Umsetzung von Verhaltenskodizes.“ (Verhaltenskodizes in multinationalen Unternehmen: Herausgeber: IG Metall-Vorstand / Europa, Frankfurt 2003)

rog

* Drei Publikationen werden hier zitiert, die der realen Wirkung von Verhaltenskodizes nachge-

hen und Erfahrungen und Perspektiven dieser Instrumente reflektieren. Dies sind:

- 1) Haben Menschenrechtsverletzungen ein System? Wal-Marts Verhaltenskodex und die Realität bei Zulieferern in ausgewählten Ländern: Heiner Köhnen, Hans Böckler Stiftung – Arbeitspapier 51, Düsseldorf 2002
Und zum anderen:
- 2) Workers tool or PR ploy? A guide to codes of international labour practice: Ingeborg Wick, Hrsg., Friedrich Ebert Stiftung, Bonn / Siegburg 2003 (Englisch)
- 3) Dokumentation der Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung: „Arbeitnehmerrechte in einer globalisierten Welt“ – Berlin, 12./13. November 2003

Die erstgenannte Publikation geht detailliert den Arbeitsbedingungen in Zulieferbetrieben von Wal-Mart nach, gibt aber auch einen guten Überblick über das Verhältnis von ILO-Konventionen und Verhaltenskodizes. Es werden einige Fälle von Verletzungen grundlegender Arbeitnehmerrechte in Honduras, El Salvador, China, Bangladesch und Spanien dokumentiert.

Die zweite Publikation, in Englisch erschienen, beinhaltet einen Überblick über Formen von Vereinbarungen, Konventionen und Labels für Produkte. Im Hauptteil wird untersucht, welche Vereinbarungen bzw. welche Modelle/Trägerorganisationen im Bekleidungssektor mit Verhaltenskodizes arbeiten.

Die dritte Publikation ist die Dokumentation einer 2003 von der Otto Brenner Stiftung durchgeführten Tagung zum Thema und beherbergt auf jeweils vier bis fünf Seiten Beiträge der Referenten. Die Publikation ist auch im VSA-Verlag erschienen.



Elektronik-Fabrik in Dongguan

gen beginnt mit einer Übersicht über die „Unternehmenskodizes“, die sich Dell, HP und IBM selbst auferlegt haben bzw. denen sich die Firmen auf öffentlichen Druck und auf Druck von Beschäftigten unterworfen haben. Hier nur die wichtigsten Mängel:

1. Der IBM-Kodex enthält kein Verbot von Zwangsarbeit.
2. Weder Dell noch IBM haben irgendwelche Sanktionen vorgesehen, falls Zulieferer die gewerkschaftliche Organisation ihrer Beschäftigten verhindern.
3. Weder Dell noch IBM erwähnen in ihrem Kodex das Verbot von Kinderarbeit.
4. Der IBM-Kodex enthält keine Festlegungen gegen exzessive Überstundenarbeit und auch keine dahingehend, dass der in IBM-Firmen oder Zulieferfirmen gezahlte Lohn zum Leben reichen muss.

Fazit von CAFOD: Der Unternehmenskodex von HP entspreche noch am ehesten den ILO-Kernarbeitsnormen, der von Dell und IBM dagegen in weiten Bereichen nicht. Alle drei Konzerne betonen in ihren Kodizes die Einhaltung der jeweils nationalen Gesetze, die aber oftmals schlechter sind als die ILO-Kernarbeitsnormen. Insbesondere das Recht auf freie Bildung von Gewerkschaften sei in vielen der in Frage kommenden Staaten nicht anerkannt und werde auch von den Konzernen nicht akzeptiert bzw. nicht beachtet.

Ausführlich beschrieben werden dann die Arbeitsbedingungen in Elektronikfabriken in Mexiko und in China.

In Mexiko stiegen die Elektronikausfuhren von 18 Mio. Dollar Mitte der 80er Jahre auf 60 Milliarden Dollar Mitte der 90er. 1997 erreichten die Investitionen hier ihren Höhepunkt, seitdem hat eine neue Verlagerungswelle eingesetzt, dieses Mal nach China. In der IT-Krise im Jahr

2001 seien in Mexiko Zehntausende von Beschäftigten wieder auf die Straße geworfen worden, so CAFOD.

Eines der Produktionszentren in Mexiko ist die Region um Guadalajara. Hier begannen 1975 US-Konzerne mit der Fertigung. 1998 wurden hier von IBM 800.000 Computer gefertigt. Zusammen mit 400.000 weiteren Computern, die von einem Zulieferer gefertigt wurden, wurden hier in diesem Jahr 55 Prozent aller weltweit verkauften IBM-Laptops gefertigt. Im Jahr 2000 ließ IBM sogar 60 Prozent seiner Laptops in Mexiko anfertigen.

Das IBM-Produktionssystem bestand zeitweise darin, dass IBM die Fabrik besaß und alle wichtigen Räume in der Fabrik an „Zulieferfirmen“ vermietet hatte. IBM kontrollierte so praktisch nur noch die Qualität der gelieferten Teile bzw. des Endprodukts. Das erlaubte dem Konzern, alle Risiken extremer Produktänderungen und alle Absatzschwankungen auf die Zulieferer abzuwälzen, die ihrerseits ihre Beschäftigten mit Drei-Monats-Verträgen von Leiharbeitsfirmen bekamen. Von den real zeitweise 7.000 Beschäftigten in der IBM-Firma in Guadalajara waren so nur 500 wirklich bei IBM beschäftigt, der Rest waren Leiharbeiter. 2003 verkündete IBM, im Rahmen von Restrukturierungen werde man die gesamte Fabrik verkaufen. Die Wochenlöhne betrugen zu dem Zeitpunkt 50 bis 100 Dollar, so CAFOD. Nur bei extremen Überstunden wurden 100 Dollar wöchentlich erreicht und damit der gesetzliche Mindestlohn.

Die Beschäftigten waren und sind auch heute noch vor allem junge Frauen, meist zwischen 18 und 25 Jahre alt. Viele sind alleinerziehend und deshalb auf den Job dringend angewiesen. Gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte werden schon von den Leiharbeitsfirmen „aussortiert“ und kriegen keinen Job.

Demütigende „Gesundheitstests“, oft verbunden mit der Forderung, sich nackt auszuziehen, mit demütigenden Fragen nach Freundschaften, Sexualleben usw. scheinen weit verbreitet. Fast alle Arbeitsverträge haben eine Dauer von mindestens 28 Tagen bis maximal drei Monate, sind also extrem kurzfristig. Das erlaubt den Firmen maximalen Druck auf die Beschäftigten und sichert zugleich die von den großen Markenfirmen geforderte „Flexibilität“ bei jeder Absatzschwankung. Obwohl das mexikanische Arbeitsrecht sogenannte Ketten-Leiharbeit – also mehrere Leiharbeitsjobs hintereinander – nicht erlaubt, arbeiten Beschäftigte manchmal jahrelang in der Fabrik auf Grundlage von solchen, alle drei Monate erneuerten Verträgen.

Nur kurz ist der daran anschließende Abschnitt in der Studie zu Thailand. Thailand ist laut CAFOD zur Zeit zweitgrößter Lieferant von

Diskettenlaufwerken. Der Preis eines Diskettenlaufwerks fiel laut CAFOD von fast 12 Dollar in 1998 auf nur noch 5 bis 15 Cent in 2002. Beschäftigte in Thailand, die CAFOD befragte, berichteten von Tageslöhnen von 4,25 Dollar. Das ist der gesetzliche Mindestlohn, der hinten und vorne nicht reicht, um auch nur einen minimalen Lebensstandard zu bestreiten. Auch hier sind deshalb exzessive Überstunden die Regel, vier Stunden täglich, manchmal mehr. Auch hier arbeiten viele der ansässigen Fabriken mit Zulieferern, die die Löhne noch weiter drücken. Inzwischen steigt die Konkurrenz aus China: Dort seien die Tageslöhne nur halb so hoch.

Noch extremer sind die Arbeitsbedingungen und Löhne in China. „Wenn zwischen Dongguan und Hongkong ein Verkehrsstau ist, leidet der gesamte Welt-Computer-Markt“, wird der stellvertretende Asien-Leiter von IBM zitiert. 22% aller Exporterlöse Chinas im Jahr 2002 kamen aus dem Computergeschäft. 25 der 35 größten internationalen Konzerne, die in dem Land investiert hatten, gehörten zur Elektronik-Branche. China sei auf dem Weg zur „Weltcomputerfabrik“, so CAFOD. Viele Konzerne, darunter viele aus Taiwan, verlegten fast ihre gesamte Produktion hierhin.

In den Elektronikfabriken im Mündungsgebiet des Perlfusses, einer der vielen „Sonderwirtschaftszonen“ in China, werden inzwischen fast alle wichtigen Teile eines Computers in speziellen Fabriken produziert: CDs, DVDs, Scanner, Tastaturen, Druckertreiber, Speicher, Widerstände usw. Die Löhne in China sollen nur halb so hoch sein wie in Indonesien, ein Viertel der Löhne in Malaysia und den Philippinen und ein Achtel der in Mexiko betragen. Elf-Stunden-Schichten seien die Regel, viele der Beschäftigten würden in Acht-Personen-Zimmern auf Fabrikgelände oder nahe

bei den Fabriken schlafen. Das chinesische Arbeitsrecht erlaubt nicht mehr als 3 Überstunden am Tag oder 36 im Monat und schreibt vor, dass mindestens ein Tag pro Woche arbeitsfrei sein muss. Das werde aber in den Sonderwirtschaftszonen kaum bis gar nicht kontrolliert und infolge dessen auch nicht eingehalten. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt umgerechnet 54 Dollar im Monat, die tatsächlichen Löhne aber oft nur 36 oder 37 Dollar. Massive Überstunden sind so zwingend, um überhaupt den Mindestlohn zu erreichen. 72 Dollar im Monat seien in vielen Betrieben „Spitzenverdienste“. Viele Beschäftigte haben sich, um überhaupt aus ihrem Dorf hinaus und in die Fabrik zu kommen, bei irgendwelchen Arbeitsvermittlern hoch verschuldet. Diese Schulden werden sie nun wegen der schlechten Bezahlung nicht wieder los. Der Lohn reicht gerade zum Essen und für die Bekleidung.

CAFOD nennt zahlreiche Beispiele für Schikanen, zum Beispiel Lohnabzüge wegen Produktionsfehlern und extreme Arbeitsanspannung. So musste ein Beschäftigter 300 Tastaturen pro Stunde fertig stellen, ein anderer der Interviewten musste in jeder Stunde 150 Monitore auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüfen. Vergiftungen beim Umgang mit gefährlichen Stoffen und Verletzungen bei der Fertigung sind offenbar weit verbreitet, die Arbeitssicherheit völlig ungenügend.

Zentrale Forderung: ILO-Kernnormen weltweit durchsetzen!

Die Studie endet mit der Forderung an die PC-Konzerne, aber auch an die Regierungen in den reichen OECD-Staaten, endlich die ILO-Kernarbeitsnormen wie das Verbot von Kinderarbeit und von Zwangsarbeit in jeder Form, die Anerkennung der Koalitionsfreiheit, also das Recht auf freie Bildung von Gewerkschaften, Streikrecht und Tarifverträge, und die Konvention zum Verbot von Diskriminierungen anzuerkennen und auf ihre weltweite Einhaltung zu drängen – sowohl bei den Markenherstellern in dem PC-Gewerbe selbst, aber auch bei allen ihren Zulieferern und Fertigern von Komponenten. Bis zur Verwirklichung dieser Forderungen, das macht die Studie deutlich, ist noch ein weiter Weg. *rül*

Quelle: Clean up your computer. Working conditions in the electronic sector. A CAFOD-Report, download unter: www.cafod.org.uk

Offshore

Total Global

Unter diesem Titel ist im März dieses Jahres eine Broschüre der IG Metall erschienen. Herausgeber sind Vorstand und der IG Metall Bezirk Bayern. Hintergrund sind die schon monatelangen Auseinandersetzungen von IG Metall, Betriebs-

räten und Belegschaften mit dem Siemens-Konzern. Auch die Tarifvereinbarungen zwischen IG Metall und den Arbeitgeberverbänden haben diese Auseinandersetzungen nicht beenden können. Ende März kündigte der Siemens-Vorstand erneut massive Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer an. Zu „retten“ sei nur etwas, wenn die Betriebsräte die Rückkehr zur 40-Stundenwoche und die Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld akzeptierten, erklärte der Siemens-Vorstand. Der Erpressungsdruck gegenüber den Betriebsräten an den einzelnen Standorten nimmt beständig zu. Nach Angaben von Siemens stehen 5.000 Stellen auf der Kippe. Die IG Metall geht von 10.000 gefährdeten Stellen aus, u.a. bei der Siemens-Tochter VDO, bei Bosch-Siemens Hausgeräte und der IT-Beratung SBS. Von einer möglichen Verlagerung ins Ausland betroffen ist neben dem Netzbereich und der Energieübertragung vor allem auch die Mobilfunksparte.

Die IG Metall ist bemüht, die örtlichen Betriebsräte von Kapitulationsvereinbarungen abzuhalten und dem Erpressungsdruck standzuhalten.

In dieser Auseinandersetzung geht es auch darum, in den Belegschaften die durch das Mediensystem zusätzlich aufgeladenen Argumente aus dem Arbeitgeberlager zu erschüttern. Angefangen hat es um die Jahreswende mit dem vom Wirtschaftsminister Clement in die Welt gesetzten angeblichen Zusammenhang von Feiertagen und Wachstum. Clement hatte gemeint, weniger Feiertage trügen zu mehr Wachstum bei, weil dann länger gearbeitet werden könne. Dies hat sich dann weiterentwickelt zur Formel der Arbeitgeber, längere Arbeitszeiten tragen zu mehr Wachstum bei, lösen die Wachstumsbremse und ähnlichen Unsinn mehr.

Die schlichte Erkenntnis, dass die Produktionssteigerung z.B. von Mobilfunkgeräten nur dann zu mehr Wachstum führt, wenn diese Geräte auch vermehrt nachgefragt werden, wird interessiert unterschlagen. Die Erfahrung der VW-Arbeiter z.B., dass Tausende zusätzliche produzierte VW Golf schwerlich einen Fortschritt bedeuten, wenn die vielen Autos nur „auf Halde“ stehen, soll verschüttet werden. Schließlich hat ja der Wirtschaftsminister verkündet, mehr Arbeit führt zu mehr Wachstum, sozusagen automatisch. Konsequenz zu Ende gedacht führt dann die Beseitigung von Feiertagen letztlich zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Das geschicktere Argument aus dem Siemens-Vorstand besagt: Längere Arbeitszeiten bei gleichem Lohn verringern die Arbeitskosten, dies führt zu verbesserter Konkurrenzfähigkeit. Folglich sinkt der Verlagerungsdruck. Dieses Argument unterschlägt, dass die Lohnstückkosten bei den inländischen Siemenswerken sich in den letzten Jahren deutlich geringer nach oben bewegt ha-



ben als in fast allen anderen europäischen Ländern, die Konkurrenzfähigkeit so schlecht also nicht ist. Vor allem unterschlägt das Arbeitgeberargument aber, dass längere Arbeitszeiten von deutlich über 40 Stunden in den USA, von deutlich weniger Urlaub (14 Tage im Jahr) die amerikanischen Kollegen mitnichten vor Verlagerungsdruck schützen. Im Gegenteil – in den USA erleben wir zur Zeit eine noch weitaus größere Verlagerungswelle als hierzulande.

Es sind die prognostizierten Wachstumsraten von über 10 Prozent in China, die die Augen des Siemens-Vorstandes zum Strahlen bringen. Nichts wird sie von ihren Investitionsabsichten in China auf Dauer abhalten können, keine Standortvereinbarung und kein Appell an ihren Patriotismus. Natürlich nimmt der Siemens-Vorstand mit, was er mitnehmen kann. Seien es nun Vereinbarungen über 40 oder 48 Wochenstunden. Nur seine Absichten wird er deshalb nicht ändern. 10 Prozent Wachstumsrate in China. Das hat Gewicht.

Allerdings zeigt die Broschüre angesichts der bisher gemachten Erfahrungen mit Verlagerungen und Konzernzerlegungen an etlichen Beispielen (Infineon u.a.) auf, mit welchen Risiken diese Projekte verbunden sind und welche Fehlschläge schon hingenommen werden mussten.

„Offshoring“ bezeichnet dabei die Verlagerung von Arbeiten an Konzernabteilungen im Ausland oder die Vergabe an externe Dienstleister mit Niederlassungen in Niedriglohnländern. Siemens, SAP und andere große Konzerne wollen ungeachtet dessen massiv qualifizierte Arbeitsplätze aus Deutschland verlagern. Die Broschüre der IG Metall stellt die Trends dar, formuliert Forderungen an die Politik und zeigt, wie Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschafter/innen handeln können. Sie ist auch auf der Website der IG Metall einzusehen: www.igmetall.de. *brr*

Versicherungswirtschaft im „Dritten Reich“

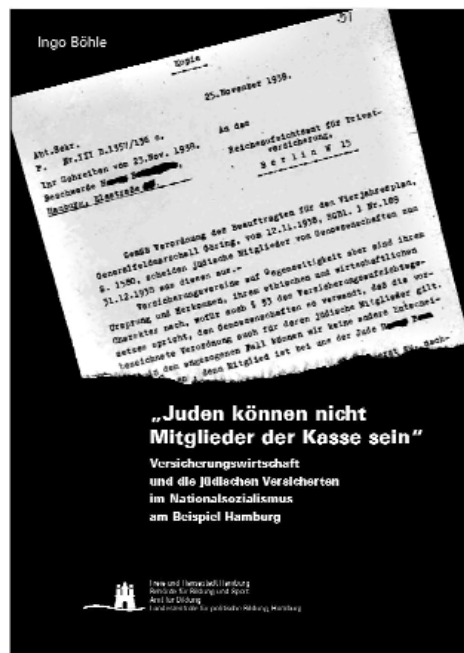
„Juden können nicht Mitglied der Kasse sein“, heißt ein kleiner Band der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung über antisemitische Maßnahmen in der Versicherungswirtschaft während der NS-Herrschaft. Autor Ingo Böhle steigt ein mit der Reichspogromnacht, deren Versicherungsschäden sich auf geschätzte 46 Mio. RM beliefen. Jüdischen Geschädigten wurden allerdings die ihnen zustehenden Versicherungsgelder nicht ausbezahlt – sie mussten für die Beseitigung der Schäden selbst aufkommen. Die Versicherungen zahlten diese Gelder direkt ans Deutsche Reich, das sie wiederum auf die eine Mrd. RM Sondersteuer für die jüdische Bevölkerung (sog. „Sühnesteuer“) anrechnete. Diese weder durch die Versicherungspolice noch durch Gesetze gedeckte Praxis wurde von der „Reichsgruppe Versicherungen“ legitimiert: „Die Vergeltungsaktion gegen die Juden hat den Charakter einer dem Judentum auferlegten Strafe. Es würde dem Rechtsempfinden in höchstem Maße widersprechen, wenn die deutschen Versicherungsgesellschaften den Juden die diesen auferlegte Sühne abnehmen müssten.“

Die Lebens- und Rentenversicherungen machten mit ihren jüdischen Kunden insbesondere sog. „Stornogewinne“, d.h. Einlagen in vorzeitig gelösten Verträgen wurden den Versicherten nicht vollständig zurückgezahlt, sondern ein Gewinn von etwa fünf Prozent des eingezahlten Geldes wurde einbehalten. Hiervon waren die jüdischen Versicherten besonders betroffen, da sie vielfach „infolge wirtschaftlicher Verarmung die Versicherungsprämien nicht mehr zahlen konnten oder bei Emigration ihre Versicherungen vorzeitig kündigen mussten“. Mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz 1941 fielen die restlichen Versicherungsvormögen von Juden direkt an das Deutsche Reich, wenn sie ihren „gewöhnlichen Aufenthalt() im Ausland“ haben würden – also wenn sie deportiert worden waren. Das Geld sei „zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke“ zu verwenden. Juden mussten somit ihre Vernichtung mitfinanzieren!

Besonders scharf gegen ihre jüdischen Mitglieder gingen von vornherein die privaten Krankenversicherungen vor, für deren antisemitisches Vorgehen es, so Böhle, „keinen gesetzlichen oder staatlichen Anstoß für antijüdische Maßnahmen“ gebraucht habe – die Direktoren der Versicherungen gingen eigeninitiativ vor. Auch hier fand man einen Weg, Juden die Kosten ihrer Verfolgung aufzubürden: Gelder aus Rückstellungen und

Sterbegeldreserve wurden nicht an die jüdischen Versicherten ausgezahlt, sondern an die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, einem Zwangszusammenschluss, der dem Innenministerium unterstand. Diese Reichsvereinigung hatte zu den Kosten der Deportationen beizutragen.

Über den Antisemitismus im „Dritten Reich“ gibt es ungezählte Bücher. Dennoch eröffnen Untersuchungen „kleiner Details“ immer wieder neue Einblicke in die NS-Herrschaft. Institutionen prägen das Leben eines jeden stärker, als es gemeinhin den Anschein hat. Ingo Böhles knappe Darstellung zeigt, wie sich der Antisemitismus in der Institution „Versicherungswirtschaft“ auswirkte. *F aus: Lokalberichte Hamburg*



Ingo Böhle: „Juden können nicht Mitglieder der Kasse sein“. Versicherungswirtschaft und die jüdischen Versicherten im Nationalsozialismus am Beispiel Hamburg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2003, 50 S., kostenlos.

Hat die DDR „nationale“ Interessen vertreten?

Von Franz-Karl Hitzte

Das vorliegende Buch ist ein neuer Beitrag des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht, Berlin, um an der Aufarbeitung der Geschichte der DDR in aller Öffentlichkeit teilzunehmen. In den letzten zehn Jahren haben ehem. Mitarbeiter im diplomatischen Dienst der DDR und Politikwissenschaftler einschlägiger Institute in Berlin und Potsdam Theorie und Praxis der Außenpolitik des von ihnen einmal vertretenen

Staates ernsthaft und kontrovers diskutiert.

Wie ein roter Faden zieht sich durch das ganze Buch die Frage nach den außenpolitischen Interessen der DDR. Hatte die DDR überhaupt eigene Interessen? Auf der Spurensuche nach der „Wahrheit“ über die DDR-Außenpolitik ist dieser Band mit Kommentaren, Analysen und Gesprächsprotokollen im Kreise von Zeitzeugen entstanden.

Ingrid Muth und Karl Seidel stellen im einleitenden Kommentar (I. Kapitel) unmissverständlich fest: „Im politischen Sprachgebrauch der DDR war der Terminus ‚Interessen‘ im Zusammenhang mit der Außenpolitik kaum gebräuchlich“. In politischen Dokumenten und wissenschaftlichen Arbeiten wurden Begriffe wie Hauptaufgabe, Hauptinhalt, Grundprinzipien, Schwerpunkte etc. verwendet. Der Begriff „Klasseninteressen“ wurde nicht als Interessen von Staaten oder politischen Kräften zu Grunde gelegt. Muth/Seidel sehen bei der Betrachtung der Geschichte der DDR vor allem sechs „Grundinteressen“ (was immer das ist (d.A.):

- Sicherung der Existenz und der Stabilität der DDR,
- Festigung und Ausbau der Beziehungen auf allen Gebieten zur Sowjetunion,
- gutnachbarschaftliche Beziehungen (Polen und Tschechoslowakei) und zu anderen Staaten des „sozialistischen Lagers“ und dem RGW,
- Verhinderung eines Krieges in Europa, die Festigung des Friedens und der Sicherheit,
- Beziehungen der friedlichen Koexistenz und schließlich
- Entwicklung und Pflege intensiver Außenhandelsbeziehungen.

Im II. Kapitel werden die Beziehungen zur UdSSR (G. König), die deutsch-deutschen Beziehung (K. Seidel), die Rolle der USA in der Außenpolitik der DDR (C. Montag), die DDR und die VR China (J. Krüger) und die Beziehungen zur SFRJ (S. Bock) mehr oder weniger tiefgründig behandelt.

Das III. Kapitel ist der Afrikapolitik der DDR (H.-G. Schleicher), der DDR im arabischen Raum (W. Bator) sowie in der Region Süd- und Südostasien (W. Bayerlacher, R. Lindner, H. Schwiesau) geschuldet. J. Naumann widmet abschließend den Beziehungen der DDR und Lateinamerika seine Analyse.

Abkürzungsverzeichnis, weiterführende Literaturhinweise, Personenregister und ein Autorenverzeichnis vervollständigen diese anregend zu lesende und gut lektorierte Arbeit für einen sachlichen und kritischen Umgang mit der Vergangenheit der DDR.

S. Bock / I. Muth / H. Schwiesau: DDR-Außenpolitik im Rückspiegel – Diplomaten im Gespräch, LIT-Verlag Münster, 2004, kart., 352 Seiten, Preis 24,90 Euro, ISBN 3-825-8753-93

7.-9. Mai, Poznan/Polen: Ein Entwicklungsmodell für die erweiterte EU. Internationale Konferenz des Netzwerks EPOC (Improvement of Economic Policy Coordination for Full Employment and Social Cohesion) über die sozialen und politischen Herausforderungen im Gefolge der EU-Erweiterung. Infos/Anmeldung: Jacqueline Runje, Universität Bremen, FB 7/Ökonomie, Wilhelm-Herbst-Str. 1A, 28359 Bremen . www.epoc.uni-bremen.de jrunje@ewig.uni-bremen.de

8./9. Mai, Rom: Gründung der Partei der Europäischen Linken.

8. Mai, Stuttgart: Alternativen zur Gewalt. KONferenz der Deutschen Friedensgesellschaft – Internationale der KriegsdienstgegnerInnen mit Claudia Haydt, Tobias Pflüger, Anne Rieger, Andreas Zumach u.a.. Kontakt: ba-wue@dfg-vk.de

10./11. Mai, Bonn: Nationaler Städtebaukongress: *Stadtentwicklung zwischen privatem Einfluss und öffentlicher Verantwortung*. Veranstalter von: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund u.a.

14.-16. Mai, Berlin: *Es geht auch anders!* Gemeinsamer bundesweiter Perspektivkongress von ver.di, IG Metall, Attac und anderen über die Perspektiven einer emanzipatorischen Gesellschaft, Infos: www.attac.de

15./16. Mai, Sömmerda: Kommunalpolitische Konferenz der PDS

23. Mai: Bundespräsidentenwahl

Mittenwald, 29./30. Mai: Protestaktionen gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger
Samstag, den 29. Mai 2004: 11.00 Demonstration ab Bahnhof durch Mittenwald
15.00 bis 18.00 Uhr Veranstaltung mit Beiträgen zu den NS-Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Frankreich, Italien und Griechenland. Angefragt sind u.a. Manolis Glezos (Athen), Vertreter aus Lingiades (Griechenland) Vercors (Frankreich)

Sonntag, den 30. Mai 2004: ab 9 Uhr Kundgebung gegen das Pfingsttreffen am Hohen Brendten.

VeranstalterInnen sind der AK Angreifbare Traditionspflege und die VVN-BdA. Zur Mobilisierung gibt es Plakate und den Aufruf. Wir bieten auch ReferentInnen für Mobilisierungsveranstaltungen mit Filmen und historischen Hintergrundinformationen an. Außerdem fährt von Wuppertal und von Bremen (?) auch wieder ein Bus. Meldet euch schnell an bei angreifbare.tradition@freenet.de

8.-10. Juni: G8-Gipfel, u.a. zum Nahostplan

13. Juni: Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen. Volksentscheid über neues Wahlrecht in Hamburg.

17.-18. Juni: EU-Gipfel, u.a. ebenfalls zum Nahost-Plan

27. Juni: Kommunalwahl in Thüringen.

28./29. Juni, Istanbul: NATO-Gipfel, u.a. zum Nahost-Plan

Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung

Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik

7. bis 9. Mai im EineWeltHaus in München

Historische Fachtagung des Kurt-Eisner-Vereins für politische Bildung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Programm

FREITAG 7. Mai

Eröffnung
19 Uhr

EU-Osterweiterung und deutsche Gesellschaftspolitik. Deutsch-Tschechische Beziehungen und die Kampagne um die sogenannten „Beneš-Dekrete“
Podiumsdiskussion mit Prof. Eckhard Mehls (ehem. Professor, HU Berlin), Renate Hennecke (Redaktion DTN, München), Leo Furtlehner (Journalist, Linz), Jan Sicha (Leiter des Tschechischen Zentrums).

SAMSTAG 8. Mai

Vorträge und Diskussion
9:30 – 10:45 Uhr

Tobias Ebbrecht: „Vertreibung“ im Film. Geschichtspolitik und ihre mediale Vermittlung

11 – 12:15 Uhr

Florian Weis: „Germans may have to face the choice between migration and massacre“ – Die britische Haltung zu Grenzziehung und Umsiedlung

13:15 – 14:30 Uhr

Jana Mikota: „Nicht selten reiste der also Ausgewiesene im selben Zug wie der Beamte, freilich nicht in demselben Abteil, ins Landesinnere zurück“: Das Verhältnis von Deutschen und Tschechen im Grenzgebiet der 1930er Jahre

14:45 – 16 Uhr

Velten Schäfer: Ein großes Tabu. Aber welches? – Die (west)deutsche Geschichtswissenschaft und das Erbe von Volksgruppenpolitik und Volksgeschichte“

16:30 – 17:45 Uhr

Florian Beck: „Realpolitik und Hybris“

20.30 Uhr

Die deutsche Böhmen-Neurose. Eine Textcollage zur historischen Stereotypenforschung, zusammengestellt und gelesen von Eva Hahn. Ein Projekt von HistoArt

SONNTAG 9. Mai

Vorträge und Diskussion
9:30 – 10:45 Uhr

Juliane Gilles: Die Wertung des

„Münchner Abkommens“ im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

11 – 12:15 Uhr

Jörg Kronauer: Die Wertung des „Münchner Abkommens“ im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

12:30 bis 14 Uhr

Steffen Bockhahn: Die Benes-Dekrete und deren Auswirkungen auf den EU-Beitritt Tschechiens

14:30: Abschluss der Tagung

von Freitag den 7. Mai 2004, 19 Uhr
bis Sonntag den 9. Mai 2004, 14 Uhr
In München im EineWeltHaus
Schwanthalerstr. 80

Anmeldung erbeten unter:

fiedler@kurt-eisner-verein.de
oder per Post an:

Kurt-Eisner-Verein
für politische Bildung in Bayern e.V.
Schwanthalerstrasse 139 Rgb.
80339 München.

Tel. und Fax: 089/51086716

Bürozeiten für die Tagung:

Freitag 10 bis 12 Uhr